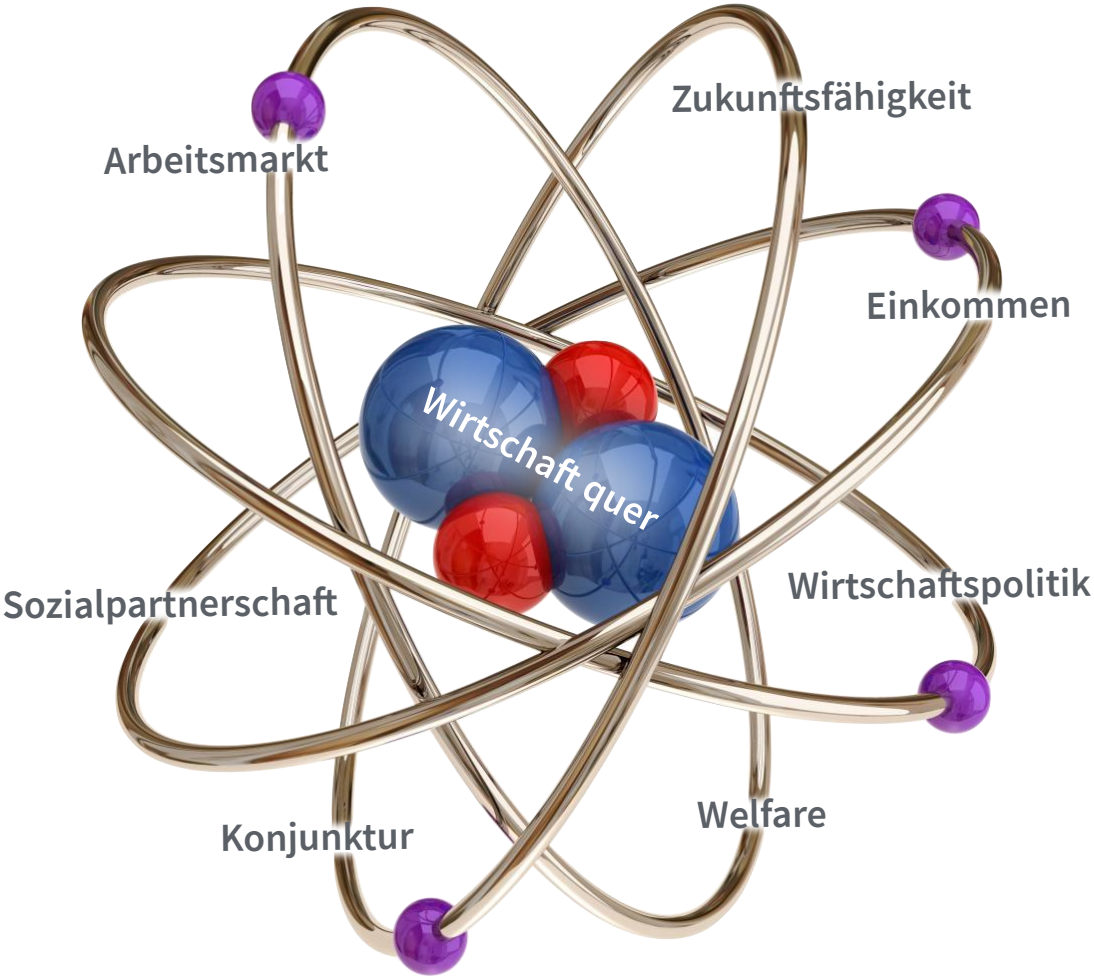


Wirtschaft quer

Nr. 121-160

Juli 2015 – Mai 2016

Vorwort

Als ich am 3. April 2013 mein erstes „Wirtschaft Quer“ schrieb, dachte ich nicht daran, dass am 3. April 2016 in dieser Rubrik im Sonntagsteil der Neuen Südtiroler Tageszeitung die Nr. 154 erscheinen würde, noch dazu mit dem Titel „Über das Glück“. Das war immer die Idee dahinter: Wirtschaft ist nicht ein Vorrecht der Bosse und Aktienbesitzer, nicht ein Sonderfall für Steuerberater und Wirtschaftsinstitute. Wirtschaft betrifft uns alle quer durch, vom Ölpreis über Arbeitsplätze oder Rentengesetze, bis hin zum Glück auf dieser Welt. Wirtschaft geht quer durch unser ganzes Leben.

Warum sollte es nicht eine wöchentliche Betrachtung geben, die fachmännisch beobachtet und kommentiert, was auf uns alles zukommt? Ob das neue Gesetze sind oder die Sprünge der Konjunktur, die Hoffnungen und Sorgen der Arbeitnehmer oder die Entwicklungen in den wichtigsten Südtiroler Wirtschafts- und Sozialbereichen, ja sogar die Megatrends der Zukunft? Alles das hat Platz in „Wirtschaft Quer“. Immer begleitet von handfesten Daten und Fakten und garniert mit vorsichtigen, zahlengestützten Prognosen. Und wenn sozialpolitisch gerechtfertigt, auch mit unmissverständlichen Forderungen an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft.

So freut es mich nun, die Sammlung der Nummern 121 bis 160 von „Wirtschaft Quer“ vorlegen zu können. Ich danke allen Leserinnen und Lesern für ihr Interesse und die zahlreichen Rückmeldungen und ich danke ganz besonders dem Herausgeber für die Beständigkeit der Rubrik in seiner Zeitung.

Gute Lektüre!

Stefan Perini
Direktor AFI | Arbeitsförderungsinstitut

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsmarkt..... 5

n. 126 29.08.2015 Wie viele Selbstständige braucht das Land
n. 140 05.12.2015 Nur keine voreilige Euphorie
n. 152 19.03.2016 Die zwei Arbeitsmärkte Südtirols
n. 158 30.04.2016 Fachkräfte sind keine Semmeln

Einkommen 7

n. 123 08.08.2015 Zweischneidiges Schwert Mindestlohn
n. 134 24.10.2015 Wohnungstraum & Wohnungstrauma
n. 135 31.10.2015 Den einen wird's geschenkt, die anderen …
n. 136 07.11.2015 Noch kein Schwung bei Löhnen
n. 142 09.01.2016 Wie gerecht sind unsere Löhne?
n. 144 23.01.2016 Banken im Umbruch, Sparer auf dünnem Eis

Konjunktur..... 10

n. 122 01.08.2015 Italy is back
n. 127 05.09.2015 Patient China: nur verschnupft oder todkrank?
n. 133 17.10.2015 Rekordverdächtig
n. 138 21.11.2015 Des einen Leid
n. 147 13.02.2016 Mitgehangen - mitgefangen
n. 148 20.02.2016 Verfehlter Jahresauftakt
n. 155 09.04.2016 Zur "Voucherisierung" des Arbeitsmarkts
n. 160 14.05.2016 Südtiroler Wirtschaft 2016: Quo vadis?

Sozialpartnerschaft..... 14

n. 145 29.01.2016 Hut ab vor Durst und Apparatebau
n. 146 06.02.2016 Unproduktives Südtirol?

Welfare..... 15

n. 124 15.08.2015 Wie viel Leistung wie viel Vorbestimmung?
n. 125 22.08.2015 Neues Wohnen - altes Fördern
n. 130 26.09.2015 In schlechter Gesellschaft
n. 139 28.11.2015 Kein Platz im Aufzug
n. 149 27.02.2016 Neue Einsicht
n. 159 07.05.2016 Wachstumsbremse Ungleichheit

Wirtschaftspolitik..... 18

n. 121 25.07.2015 Bröckelnder Vorreiter
n. 128 12.09.2015 Gute Sozialpolitik ist gute Wirtschaftspolitik
n. 129 19.09.2015 Mysterium Landeshaushalt
n. 131 03.10.2015 Sonntagsöffnung - Widerstand wächst
n. 143 16.01.2016 Bargeldgrenze: ja oder nein?
n. 150 05.03.2016 Über Grenzen zu mehr Lebensqualität
n. 151 12.03.2016 "Pampers-Bonus" gar nicht gut
n. 157 23.04.2016 Virtuelle Freiheit

Zukunftsfähigkeit..... 22

n. 132 10.10.2015 Herzlose Zukunft?
n. 137 14.11.2015 Es wächst die „Green Region“
n. 141 12.12.2015 Lasst uns arbeiten
n. 153 26.03.2016 Südtirol = Natur - x
n. 154 02.04.2016 Über das Glück und wo es herkommt
n. 156 16.04.2016 Einen neuen Kompass bitte

Arbeitsmarkt

N. 126 29.08.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Wie viele Selbständige braucht das Land?

*Wer würde es wagen zu behaupten, eine niedrige **Selbstständigen-Quote** sei für die Wirtschaft in der Regel positiv? Ich tue es.*

Sich als selbstständig auszugeben gilt als cool – ja, wer möchte nicht gerne sein eigener Chef sein? Selbstständigkeit – das Wort riecht ja schon förmlich nach Eigeninitiative, Risikobereitschaft und Dynamik. Da ließe sich schon mal schlussfolgern, dass sich Länder mit einem hohen Anteil an Selbstständigen wirtschaftlich positiv hervorheben. Da lohnt ein Blick auf international vergleichbare Daten, zusammengetragen von Eurostat und OECD. Schauen wir also nach, wie stark der Drang zur Selbstständigkeit in den einzelnen Ländern ausgeprägt ist. Die Selbstständigen-Quote beträgt im EU-Schnitt 13,2%. Im einstelligen Bereich liegen die Länder Estland, Lettland und Litauen, Dänemark (7,8%), Österreich und Schweden (beide 9,2%). Am anderen Ende stehen Griechenland (24,6%), Italien (22,5%), Tschechien (17,2%) und Spanien (16,0%). Scheinbar ist in diesen Ländern ein großer Unternehmergeist ausgebrochen – oder gibt es andere Gründe für die hohe Selbständigen-Quote? Zurechtgerückt wird das Bild, wenn man die Selbstständigen in Kombination mit anderen Arbeitsmarktindikatoren betrachtet. Eine erste Antwort liefern die Arbeitslosenzahlen. Tatsächlich sind es die Länder mit hoher Arbeitslosigkeit, die tendenziell auch eine hohe Selbständigen-Quote aufweisen. Hier der Beleg: Griechenland (23,2%), Spanien (20,5%), Italien (12,4%). Nur Tschechien fällt mit einer Arbeitslosenrate von 5,5% aus der Reihe. Will heißen, wer keine Arbeit findet, weil die Wirtschaft nicht genügend Jobs schafft, macht sich selbstständig. Insofern ist die Selbstständigkeit stets mehr „letzter Ausweg, um der Arbeitslosigkeit zu entrinnen", als wahre Berufung. Mit dem Ergebnis, dass es eine Vielzahl an Ein-Personen-Betrieben, Ich-AG's, Vertretern, Händlern, Freiberuflern und Dienstleistern gibt, die sich mehr schlecht als recht durchschlagen. Ob selbständig oder als Arbeitnehmer beschäftigt: aus volkswirtschaftlicher Sicht ist eine hohe Erwerbsbeteiligung entscheidend, sichtbar in der Beschäftigungsquote. Auch hier bestätigt sich, dass die Beteiligung am Arbeitsmarkt gerade in jenen Ländern hoch ist, in denen die Selbstständigen-Quote niedrig ist. Zahlen gefällig? Im Spitzenfeld finden wir Schweden (74,9%), Niederlande (73,9%), Deutschland (73,8%) und Dänemark (72,8%). Am unteren Rand liegen Italien (55,7%), Spanien (56,0%) und Griechenland (49,4%). Fazit: Dort, wo der Arbeitsmarkt funktioniert, ist die Selbstständigen-Quote in der Regel niedrig. Seien wir also froh, wenn die Selbstständigen nicht zu sehr ins Kraut schießen!

N. 140 05.12.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Nur keine voreilige Euphorie

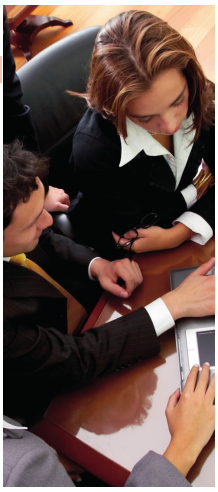
*Seit Mitte 2013 sinkt die **Arbeitslosigkeit** im Euroraum Monat für Monat leicht. Nun erstmals auch in Italien. Doch arbeitnehmernahe Institute warnen: Ohne öffentliche Investitionen wäre die **Arbeitslosenrate** erst wieder im **Jahr 2022** auf dem Stand vor der Krise.*

Positive Zahlen gab das europäische Statistikamt Eurostat am Beginn dieser Woche bekannt: Im Euroraum sei die Arbeitslosenrate im Oktober 2015 auf 10,7% gesunken. Gut nahm Italien die Nachricht auf, dass die Arbeitslosenrate im eigenen Land auf 11,5% zurückgegangen sei – eine Bestätigung der Wirksamkeit des Jobs Act .
Doch das arbeitnehmernahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung warnt: Trotz positiver Wachstumsimpulse sei die Krise in Europa noch nicht ausgestanden. Im Süden drohe lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit, wenn die europäischen Staaten nicht durch nachhaltig verstärkte öffentliche Investitionen neue Impulse setzten. Die Forscher geben zu bedenken, dass der Euroraum nicht die richtigen Antworten auf die Krise gefunden habe. Während die Vereinigten Staaten und Großbritannien eine höhere Inflation und zeitweilige Haushaltsdefizite duldeten, hielten die Euroländer konservativ an Kaufmannstugenden fest und versuchten zu sparen. Das Ergebnis: niedrigere und auch aktuell weiter rückläufige Investitionsquoten, weniger Wachstum und eine steigende Zahl von Menschen ohne Arbeit. Schreite Abbau der Arbeitslosigkeit im gleichen Tempo fort wie heute, dann würde die Rate erst wieder im Jahr 2022 dort unten sein, wo sie im Jahr 2007 lag.
Ohne Politikwechsel erwarten die Experten eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, einen gespaltenen Arbeitsmarkt, schlechtere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen und abermals nachlassende Investitionen. Wachsende Armut und eine perspektivlose Jugend schmälerten langfristig das produktive Potenzial vor allem in Südeuropa.
Gegensteuern ließe sich vor allem mit einer Politik, die auf Wachstum durch Investitionen setzt. Dabei dürften die europäischen Regierungen Ausgaben nicht scheuen, die mit hohen zukünftigen Erträgen gekoppelt sind wie etwa die frühkindliche Betreuung. Oder die Bildung, die auch mit Krediten zu finanzieren sei, ebenso der ökologische Umbau der Wirtschaft. Flankiert werden müsse die Wachstumspolitik wie die Bekämpfung der Armut durch Umverteilung von Einkommen. Steigende Klein- wie Organisierte Kriminalität machen deutlich: Auch der soziale Friede ist ein hohes Gut.

N. 152 19.03.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI



Die zwei Arbeitsmärkte Südtirols

In der täglichen Realität gibt es in diesem Land nicht einen einzigen, mehr oder weniger durchgängigen Arbeitsmarkt. ***Privatwirtschaft*** *und* ***Öffentliche Verwaltung*** *unterscheiden sich so sehr in Struktur, Zielen und Zugang, dass sie zwei getrennte Arbeitsmärkte bilden.*

Wer glaubt, Südtirol hätte einen Arbeitsmarkt, wo alles nach derselben Logik funktioniert, sollte sich die Zahlen des Amtes für Arbeitsmarktbeobachtung näher ansehen – eine gute Datenquelle, weil alle gemeldeten, unselbständig Beschäftigten erfasst sind. Im Jahr 2015 waren in Südtirol durchschnittlich 190.000 Arbeitnehmer beschäftigt (100.000 Männer, 90.000 Frauen). Die Privatwirtschaft stellt mit 140.000 Arbeitnehmenden 73% der Jobs, der Öffentliche Dienst mit knapp 50.000 Beschäftigten die restlichen 27%.

In der Privatwirtschaft arbeiten hauptsächlich Männer: insgesamt 86.000. Ihnen gegenüber stehen weniger als 54.000 Frauen. Gearbeitet wird vor allem in Vollzeit. Mit 30.000 Teilzeitjobs liegt die Teilzeitquote in der Privatwirtschaft bei 20%. Mehr noch: 23.000, also 80% der Teilzeitverträge werden von Frauen beansprucht.

Der Öffentliche Dienst hingegen ist sehr stark weiblich geprägt. Das hängt sowohl mit den Berufsbildern zusammen (Sekretärinnen, Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen, Altenbetreuerinnen und Pflegepersonal), als auch mit den angebotenen Arbeitsmodellen. Von den 50.000 Beschäftigten sind 38.000 Frauen und 13.000 Männer. Drei weiblichen Beschäftigten steht nur ein männlich Beschäftigter gegenüber. Mit 20.000 Teilzeit-Jobs ist Teilzeit im Öffentlichen Sektor verhältnismäßig stärker präsent (40%) als in der Privatwirtschaft. Teilzeit konzentriert sich hier noch stärker auf Frauen (90%). Auch infolge des Aufnahmestopps weist der Öffentliche Sektor mittlerweile in der Südtiroler Wirtschaft das höchste Durchschnittalter der Beschäftigten auf: 42,6 Jahre gegenüber 39,8 im Gesamtdurchschnitt. Also schon allein in der Belegschaft unterscheiden sich Privatwirtschaft und Öffentlicher Dienst stark.

Die Rekrutierung von Personal folgt in den Bereichen privat und öffentlich einer ganz anderen Logik: In der Privatwirtschaft nach freiem Ermessen des Arbeitgebers, im Öffentlichen Dienst mit öffentlichem Wettbewerb und nachweisbaren Zugangsvoraussetzungen. Im Öffentlichen Dienst ist so manche Anstellung auch mit dem gesellschaftlichen Ziel der sozialen Verantwortung legitimiert. Damit gliedert die Öffentliche Verwaltung Menschen, die am freien Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind, in die Gesellschaft ein. Weit auseinander liegen in Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst teils auch die kollektivvertraglichen Bestimmungen.

Es wäre wünschenswert, dass sich diese beiden großen Bereiche des Südtiroler Arbeitsmarktes aufeinander zu bewegen, damit man in Zukunft von einem einzigen Südtiroler Arbeitsmarkt sprechen kann.

N.158 30.04.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Fachkräfte sind keine Semmeln

Südtirol Wirtschaft *braucht immer und überall Fachkräfte. Das Problem kann entschärft, aber nicht ganz gelöst werden. Weil sich Fachkräfte nicht wie Brötchen über Nacht backen lassen.*

In regelmäßigen Abständen gibt es den Aufschrei in der Südtiroler Wirtschaft, die qualifizierten Arbeitskräfte würden ausgehen. In die Kritik genommen werden stets Berufsberatung und Bildungssystem, die nicht in der Lage seien, die notwendige Zahl an Fachkräften mit der gerade gefragten Qualifikation zu liefern. Wie der Fachkräftemangel behoben werden kann, darüber scheiden sich die Geister.

Den Bedarf bestmöglich vorausagen, sagen die einen.

Dieser Ansatz geht davon aus, dass über Befragungen und Analysen treffsicher genug vorausgesagt werden kann, was die Unternehmen an Fachkräften brauchen. Die Arbeitsmarktforschung kennt inzwischen aber zwei Probleme, die dem entgegenstehen. Erstens sind die Unternehmen nicht in der Lage, für mehr als 12 Monate vorauszusagen, was sie an Arbeitskräften brauchen. Gerade in unserer schnelllebigen Wirtschaft fahren Unternehmen verstärkt „auf Sicht". Wer kann heute schon abzuschätzen, wie Auftragslage, Konkurrenzumfeld, Technik, Organisation, Produktivität in 2-3 Jahren ausschauen? Das müsste man aber können, um den Fachkräftebedarf richtig abzuleiten. Das Zweite ist die Laufzeit der Ausbildung. Fachkräfte lassen sich nicht über Nacht backen wie Semmeln. Der Ausbildungsweg dauert unter Umständen 5 Jahre. Selbst wenn wir wüssten, welche Fachkräfte Südtirols Wirtschaft im Jahr 2021 braucht, so müssten wir die entsprechenden Anwärter spätestens 2016 in Ausbildung schicken. Die Erfahrung zeigt hingegen, dass häufig das Angebot an Fachkräften erst dann am Markt abholbereit ist, wenn es schon zu spät ist. Die Unternehmer haben sich bis dahin meist anderweitig eingedeckt.

Gute Grundausbildung und Schlüsselkompetenzen, sagen die anderen.

Weil der Fachkräftebedarf mittelfristig schlecht abzuschätzen ist, die Ausbildungszeiten lang sind und Fachkräfte oft zu spät auf den Markt kommen, sollte die Ausbildung nicht zu „eng" sein. Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass Fachwissen eine Haltbarkeit von im Schnitt nur 5 Jahren hat und auch nachgeholt werden kann, setzen diese Experten auf solide Grundausbildung und Entwicklung von so genannten Schlüsselkompetenzen. Mit beiden zusammen im „Rucksack" lässt sich der lange Weg zum Arbeitsmarkt leichter bewältigen. Das AFI hat stets mit Überzeugung diesen zweiten Ansatz vertreten. Auch deshalb, weil die Erwerbsbiografien der jungen Generationen brüchiger sein werden als die ihrer Väter und Großväter. Gleicher Job ein Leben lang wird eher die Ausnahme sein als die Regel. Umso notwendiger ist es, allzeit anwendbare Kenntnisse und Fertigkeiten aus dem Rucksack holen zu können.

Einkommen

N. 123 08.08.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Zweischneidiges Schwert Mindestlohn

*Ursprünglich im **Ermächtigungsgesetz** des Jobs Act vorgesehen, wurde die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Italien vorerst zurückgestellt. Warum diese Idee dennoch nicht ganz aufgegeben werden sollte.*

Mindestlöhne – die gibt es in Italien schon heute und es sind viele, nämlich so viele wie es Kollektivverträge für die einzelnen Sektoren gibt. Die Festlegung der Mindestlöhne ist in Italien den Sozialpartner überantwortet. Was es in Italien aber nicht gibt ist ein vom Gesetz vorgeschriebener Stunden-Mindestlohn. In dieser Sache ist Italien in Europa eine Ausnahme: in 22 von 28 EU-Mitgliedsstaaten gibt es eine gesetzlich geregelte Lohn-Untergrenze. Im Ermächtigungsgesetz des Jobs Act findet sich diese Möglichkeit seit Dezember 2014 auch für Italien. Was die Wenigsten wissen ist, dass der gesetzlichen Mindest-Stundenlohn nur für die Sektoren greifen würde, die nicht schon über die kollektivvertragliche Verhandlung geregelt sind, was jene beruhigen dürfte die behaupten, eine Einführung würde sich negativ auf die bestehenden Lohntabellen auswirken.

Das aktuelle, sektorale Kollektivvertragssystem zeigt sich in Italien außer Stande, allen am Arbeitsmarkt Beteiligten ein ausreichendes Einkommen zu garantieren bzw. die relative Armut am Zaun zu halten. Laut ISTAT waren im Mai dieses Jahren 59,7% der Arbeitnehmer in Italien durch einen Kollektivvertrag abgesichert. Inkludiert man auch noch jenen Teil an Personen, die zwar nicht formell kollektivvertraglich geschützt sind, an die sich die Rechtsprechung aber anlehnt, so schätzt die Organisation Eurofound für Italien einen kollektivvertraglichen Deckungsgrad von 80%. Was passiert aber mit den restlichen 20%? Nichts garantiert, dass Mindestregeln hier eingehalten werden, was in besonderem Maße für die verschiedenen Formen an atypischer Beschäftigung und – selbstverständlich – für die Schwarzarbeit gilt. All diese Argumente dürften eigentlich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Italien sprechen.
Doch der Teufel steckt im Detail. Zentral ist die Bemessung des Niveaus. Ein zu hohes Mindestlohn-Niveau könnte die derzeit beschäftigten und unterbezahlten Arbeitnehmer zwingen, sich entweder für die Schwarzarbeit oder für die Arbeitslosigkeit zu entscheiden. Demgegenüber könnte ein zu geringes Niveau bestenfalls wirkungslos bleiben oder - wie hauptsächlich von gewerkschaftlicher Seite eingeworfen – eine Lohnspirale nach unten lostreten. Deshalb muss sich der gesetzliche Mindestlohn an der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität orientieren. Demnach müsste der Mindestlohn in Italien auf knapp 7 € pro Stunde angesetzt werden.
Ein gesetzlicher Mindestlohn - an die Arbeitsproduktivität des Sektors und an die Lebenshaltungskosten im Territorium angelehnt - würde zu mehr sozialem Ausgleich führen, auf die Beschäftigungslage positiv ausstrahlen und die Verhandlungsposition der ärmeren Arbeitnehmerschicht stärken. Für Italien wäre es eine weitsichtige wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidung um zu verhindern, dass Wettbewerbsdefizite auf den Wohlfahrtsstaat abgewälzt werden. Es würde bedeuten, sich mit anderen Industrienationen zu messen, aber ohne Lohndumping zu betreiben, sondern im Wettbewerb von guten Ideen, guter Organisation und professioneller Ausführung.

N.134 24.10.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Wohnungstraum & Wohnungstrauma

*Die neuesten **ASTAT-Auswertungen** bestätigen, was viele Arbeitnehmer täglich am eigenen Leib erleben: Die Immobilienpreise in Südtirol stehen in keinerlei Verhältnis zu deren Einkommen.*

Einfach war es auch nicht, aber irgendwie ließ es sich schon schaukeln", hört man jene erzählen, die Anfang der Siebzigerjahre ein Haus für eine vierköpfige Familie gebaut hatten. In der Regel arbeitete der Mann in Vollzeit, die Frau blieb zuhause bei den Kindern. Mit nur einem Einkommen ließ es sich meistern, in 10 bis 15 Jahren eine Wohnung abzubezahlen, ohne dass die Familie große Entbehrungen hinnehmen musste.
Das Landesinstitut für Statistik hat gerade in diesen Tagen die neuen Zahlen zum Immobilienmarkt in Südtirol veröffentlicht. Kombiniert man diese Informationen mit der Einkommenssituation der Arbeitnehmer in Südtirol, ergibt sich ein ernüchterndes Bild. Laut ASTAT bewegen sich die Immobilienpreise zwischen 3.853 und 5.056 €/m² in Bozen und zwischen durchschnittlich 2.529 und 3.508 €/m² in den anderen Gemeinden. In 17 Gemeinden liegen die Höchstwerte über 4.000 €/m², darunter Bozen und Brixen, die jeweiligen Nachbargemeinden und die touristischen Gemeinden im Dolomitengebiet. Nur in den Randgemeinden, die sich vor allem im Westen und Norden des Landes befinden, liegen die Höchstwerte unter 2.000 €/m².
Nimmt man als Rechenbeispiel eine Wohnung von 80 m², so muss man für diese in Bozen also rund 400.000 € berappen - selbst in den preisgünstigsten Lagen in Randgebieten müsste man dafür noch 160.000 € einplanen.
Die Frage die sich stellt ist, inwiefern dies alles in Relation zu den Einkommensmöglichkeiten eines klassischen Arbeitnehmers steht. Ein Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft kommt im Schnitt auf eine Jahresbruttoentlohnung zwischen 26.000 € und 28.000 €, wenn man die Altersklasse zwischen 30 und 40 Jahren betrachtet (in dieser Phase passieren die meisten Familiengründungen). Von diesem Betrag müssen aber noch die Sozialbeiträge zu Lasten des Arbeitnehmers und die Steuern in Abzug gebracht werden, die überschlagmäßig ein Viertel ausmachen. So gerechnet bleiben rund 20.000 € netto pro Jahr übrig.
Die vorher zitierte Wohnung in Bozen wäre also nach zwanzig Jahren abbezahlt, jene in der Südtiroler Randgemeinde nach acht Jahren. Aber die Sache hat einen Haken: man braucht ja einen guten Teil des Nettoeinkommens auch noch zum Leben!
Der Traum vom Eigenheim: für die zukünftige Generation wohl eher bald eine Fata Morgana. Der soziale Wohnbau, die Wohnbauförderung und Finanzierungsmodelle wie das Bausparen können das Problem etwas entschärfen. Nichtsdestotrotz scheinen die Zeiten weit entfernt zu liegen, in denen ein Einkommensbezieher alleine und aus eigener Kraft ein Haus für eine vierköpfige Familie bauen konnte.

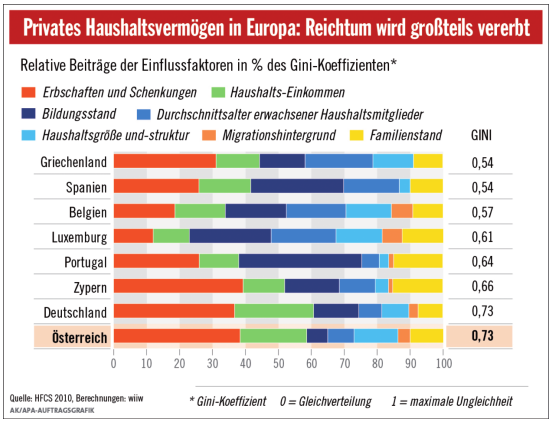
N.135 31.10.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Den einen wird's geschenkt, die anderen…

*Der **Unterschied zwischen Reich und Arm** ist riesig. Erbschaften treiben mit fast 40 Prozent die Vermögensunterschiede weiter auseinander. Immer mehr Arbeitnehmer meinen, dass nicht Leistung zu Wohlstand führt, sondern ein Glückspiel Namens Geburt. Wo liegt das richtige Maß?*



82% der Südtiroler Arbeitnehmer finden, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten zehn Jahren größer geworden sei; 65% sind überzeugt, dass für den Aufstieg in der Gesellschaft vor allem Familie und Beziehungen zählen. Nur 35% schreiben ihn der Fähigkeit und dem Arbeitseinsatz der Person zu. Dies hat die Befragung im AFI-Barometer kürzlich ans Licht gebracht und das AFI dazu veranlasst, Südtirol das „Land der begrenzten Möglichkeiten" zu nennen.

Einen wissenschaftlichen Beleg dafür erbringt nun das ‚Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche' (wiiw) im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Es wurde untersucht, wie sehr die Ungleichheit bei Vermögen in Österreich und anderen Euroländern (leider fehlt Italien) auf Erbschaften und Schenkungen zurückzuführen sei. Das klare Ergebnis: Erbschaften und Schenkungen verursachen in Österreich die meiste Ungleichheit. Bei der Streuung der Bruttovermögen haben sie einen Anteil von 40%. Ähnliche Werte gibt es nur noch in Deutschland und Zypern. In anderen Euroländern ist der Prozentsatz wesentlich kleiner. Da könne von Chancengleichheit keine Rede sein, so die Österreichische Arbeiterkammer. Wer erbt oder etwas geschenkt bekommt, hat keine eigene Leistung erbracht, wird aber steuerlich belohnt. Wer hingegen arbeitet, der hat schon etwas geleistet und muss dazu noch eine hohe Steuerleistung erbringen, sagt die Arbeiterkammer und bekräftigt damit ihre Forderung nach einer Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer in Österreich.

Das würde wohl auch das sogenannte „Bruttonationalglück" steigern. Der soeben gekürte Nobelpreisträger Angus Deaton belegt den Zusammenhang von Einkommen und Lebensglück wissenschaftlich. Seine Erkenntnis: Geld macht glücklich, aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Einkommen über 75.000 US-Dollar hinaus führten nicht zu mehr Wohlbefinden und Zufriedenheit mit dem eigenen Leben. Ein zu geringes Einkommen hingegen verschärfe das Gefühl des Unglücklich-Seins bei z.B. Scheidung, Krankheit oder Einsamkeit. Damit dürfte wohl eine Umverteilungspolitik legitimiert sein.

N. 136 07.11.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Noch kein Schwung bei Löhnen

*Die Trendwende am **Arbeitsmarkt** ist geschafft. Was das **AFI** schon im Juli 2015 festgestellt hat, verkünden nun auch die Verwaltungszahlen des Landes. Eine bittere Tatsache hingegen bleibt: An der Lohnfront tut sich bislang wenig.*

Schon am Tag vor der Veröffentlichung der Daten aus der Abteilung Arbeit des Landes stand die Jubelbotschaft in der Zeitung. Der Oktober werde ein Supermonat für die Beschäftigung ließ sich Abteilungsdirektor Helmuth Sinn zitieren. Sehr gut, dass sich herumspricht, was das AFI-Barometer bereits in der Juli-Ausgabe festgestellt hatte: dass die Trendwende am Arbeitsmarkt tatsächlich vollzogen sei. Monate später lässt sich das nun auch aus den Verwaltungsdaten ablesen.

Zu den Fakten: Die Beschäftigungstendenz ist zum zehnten Monat in Folge aufwärtsgerichtet. Im Oktober ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten um + 1,4% zum Vergleichsmonat des Vorjahres angestiegen. Zieht man das letzte Halbjahr in Betracht, so fällt der Anstieg in einer ähnlich hohen Größenordnung aus (+ 1,2%). Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen ist rückläufig, und zwar zum siebten Monat in Folge: im Monat Oktober -8,1%, in der Sechs-Monate-Übersicht -6,3%.

In der Wirtschaftsforschung ist von einer Trendwende dann die Rede, wenn sich das Signal eines Richtungswechsels dreimal in Folge bestätigt. Bei den Arbeitslosenzahlen ist das im Juni dieses Jahres eingetreten. Parallel dazu schwenkte einer der Haupt-Frühindikatoren im AFI-Barometer, nämlich die erwartete Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten 12 Monaten, erstmals seit Beginn der Erhebungen in den positiven Bereich. Beides zusammen erlaubte es, die Trendwende auszurufen.

So weit, so gut. Aber: Der Arbeitsmarkt mag sich zwar im Aufwind befinden, dennoch tun sich mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer schwer, mit dem Lohn über die Runden zu kommen, weil das Geld nicht bis ans Monatsende reicht. Anders gesagt: den Leuten fehlt es an Kaufkraft. Die Lohnverhandlungen stehen seit Beginn der Krise so gut wie still. Beispiel Öffentlicher Dienst: Lohnstopp seit April 2009. Nach über sechs Jahren Stillstand wurden die Lohnverhandlungen vor einigen Wochen wieder aufgenommen. Das Angebot einer Lohnaufbesserung um + 0,95% wurde von den Gewerkschaften zu Recht als unwürdig bezeichnet und abgeschlagen. Man bedenke, dass im Zeitraum April 2009 bis Juli 2015 allein die Lebenshaltungskosten um + 10,6% angestiegen sind. Damit entspricht das Arbeitgeberangebot nicht einmal einem Zehntel des Kaufkraftverlustes.

Die Lohnverhandlung im Öffentlichen Dienst gut abzuschließen ist wichtig – auch weil sie die Latte legen für die Verhandlungen in der Privatwirtschaft, die sukzessive folgen werden.

N. 142 09.01.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Wie gerecht sind unsere Löhne?

*In der Theorie richten sich die Löhne nach der **Menge und Qualität der Arbeit**. Im wirklichen Leben ist das nicht immer so.*

Welche Berufe sind gut, welche schlecht bezahlt, wo stehe ich im Vergleich? Gehalts-Checks zeigen das, aber die sind Mangelware und in Südtirol geradezu eine Forschungslücke.
In Deutschland bemühen sich Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitute, Lohn-Richtwerte zu ermitteln. Sie zeigen den Standardverdienst der einzelnen Berufsbilder und machen auch sichtbar, was die Höhe des Lohns beeinflusst. Vorweg: Das durchschnittliche Lohneinkommen der Arbeitnehmer in Deutschland beläuft sich auf ziemlich genau 3.000 € brutto monatlich (36.000 € /Jahr). Aber: Jeder dritte Arbeitnehmer verdient weniger als 1.700 € brutto im Monat. Zum Vergleich: In Südtirol ermittelt das ASTAT für einen Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft ein durchschnittliches Jahres-Bruttoeinkommen von knapp mehr als 27.000 €. Aber: 20% der Vollzeit-Arbeitnehmer in Südtirol verdienen im Jahr weniger als 20.000 € brutto. Löhne sind also auch unter Arbeitnehmern sehr unterschiedlich. An der Lohndynamik der letzten Jahre deutet bis heute nichts darauf hin, dass sich diese Schere schließen würde.
Zurück zum Gehalts-Check: In Deutschland stehen Manager, Banker oder Piloten mit Brutto-Jahresgehältern von mehr als 60.000 € ganz vorne. In dieser glücklichen Lage sind in Deutschland weniger als 10% der Arbeitenden. Journalisten, Architekten und Tierärzte verdienen zwischen 50.000 und 60.000 €, ein Gymnasiallehrer zwischen 40.000 und 50.000 €. Fachkräfte und Berufe mit hohem Arbeitsrisiko, z.B. Glasfassadenreiniger, aber auch Schauspieler, liegen zwischen 30.000 und 40.000 €, während z.B. Bäcker, Metzger oder Verkäufer für ein Jahr Arbeit zwischen 20.000 € und 30.000 € bekommen. Unter 20.000 € brutto im Jahr liegen Auslieferer genauso wie Floristen, Tierpfleger, Köche, Friseure oder Reinigungskräfte.
Und was beeinflusst das Gehalt am meisten? Nach wie vor der Schulabschluss. Weiter: Spezialisten sind besser bezahlt als eher austauschbare Funktionen, angesehene Berufe löhnen besser als solche mit niedrigem Image. Je produktiver und, in der Regel, je größer die Betriebe, desto besser stehen die Chancen auf gute Entlohnung. Und: Es zählt die kollektivvertragliche Bindung. In Südtirol streiken aktuell die Busfahrer der SAD, die Hausärzte und die Verkäufer in großen Handelsketten. Sogar die Beamten denken laut über Streik nach. Der sich festigende wirtschaftliche Aufschwung verbessert jedenfalls die Aussichten für Lohnerhöhungen. Damit den Arbeitnehmern am Monatsende endlich etwas mehr in der Tasche bleibt.

N. 144 23.01.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Banken im Umbruch, Sparer auf dünnem Eis

*Über Jahre schienen die **Kräfteverhältnisse** zwischen den **heimischen Banken wie eingefroren**. Neue Regeln, Kapitalerhöhungen und Fusionswellen lassen nun auch in Südtirol einen deutlichen Umbruch erwarten. Dünn und blank bleibt das Eis für Sparer.*

Über Jahrzehnte hinweg ein vertrautes Bild. Die drei großen Bankengruppen im Lande, nämlich die über den Raiffeisenverband zusammengeschlossenen Kassen, die Südtiroler Sparkasse und die Südtiroler Volksbank teilten etwas mehr als 80 % des Südtiroler Marktes. Unter diesen dreien lag das Kräfteverhältnis ziemlich konstant bei 50:30:20.
Seit Ausbruch der internationalen Finanzkrise im Herbst 2008 hat sich in der Bankenwelt sicher mehr getan als in 20 Jahren zuvor. Während in anderen europäischen Ländern und vor allem in den USA der Staat massiv Banken retten musste, war das in Italien schlichtweg nicht nötig. Damit hatte Italien die Finanzkrise zunächst recht gut überstanden. Doch um für die Zukunft besser gerüstet zu sein, führte die EU für die Banken unter anderem die Basel-III-Regel einer höheren Eigenkapitalquote ein. Schon das allein stellte viele kleinere italienische Banken vor große Schwierigkeiten. Hinzu kommt eine Eigenheit von italienischen Banken, nämlich der verhältnismäßig hohe Anteil an notleidenden Krediten.
Was sich über Jahrzehnte entwickelt und gehalten hatte, steht nun vor einem epochalen Umbruch. Neue Regelungen zwingen Banken zur Fusion. Des Weiteren musste kürzlich vier mittelitalienischen Banken, die ins Straucheln geraten waren, aus der Patsche geholfen werden. Für sie hat der Staat einen Rettungstopf eingerichtet („Solidaritätsfonds"), in den alle anderen Banken im Verhältnis zu ihrer Stärke einzahlen müssen. Ins Auge gefasst wird ferner die Einrichtung einer „Bad Bank", die faule Kredite der angeschlagenen Banken übernehmen soll. So können die Banken ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, weil die in den Bilanzen ausgewiesenen Werte wieder real sind. Zum Handkuss kommen in Zukunft Sparer und Anleger. Über das „bail-in", die Rettung von „innen", werden im Fall einer Bankpleite zuerst die Anteilseigner der Bank, die Anleiheinhaber und die Sparer mit Guthaben von mehr als 100.000 € auf dem Bankkonto zur Kasse gebeten. Dem „bail-out", der Rettung „von außen" (durch den Staat) wird ein Riegel vorgeschoben.
Sparer haben es auch sonst nicht leicht. Vorsichtig angelegte Ersparnisse sind momentan ein Minusgeschäft, zumal die heutigen Niedrigzinsen nicht einmal die Inflation ausgleichen. Wer sein angelegtes Kapital im Wert auch nur erhalten will, ist gezwungen, das eine oder andere Risiko einzugehen – wobei gut streuen nie falsch ist.

Konjunktur

N. 122 01.08.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Italy is back

*Die Prognosen für die **italienische Wirtschaft** zeigen wieder nach oben. Nach mehreren Jahren Flaute dürfte die Binnennachfrage heuer und nächstes Jahr wieder anziehen. Erfreulich auch: In Italien wird wieder investiert.*

Die positiven Meldungen die italienische Wirtschaft betreffend häufen sich. Die Stimmungsindikatoren ziehen sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Konsumenten wieder an. Die Arbeitslosenrate hat sich zumindest stabilisiert. Am Arbeitsmarkt beobachtet man seit einigen Monaten eine Umschichtung weg von den atypischen und befristeten Arbeitsverträgen, hin zu den unbefristeten. Zurückzuführen ist dies auf das Inkrafttreten des Job Act mit 01. März 2015 und hier weniger auf die Lockerung des Kündigungsschutzes, sondern vielmehr auf die großzügigen Steuervorteile für Unternehmen, die Neuanstellungen vornehmen. Weiter noch: Die Zinsaufschläge für Staatsanleihen sind für Italien wieder auf ein tragbares Niveau herabgesunken (spread für 10jährige Staatsanleihen bei rund 120 Punkten), was die Staatskasse entlastet und wieder Spielraum für den Einsatz von öffentlichen Geldern schafft.
Die wahre Neuigkeit, die man dem letzten „Bollettino" der Banca d'Italia entnimmt, betrifft allerdings die Investitionen. Über Jahre blieb die Investitionstendenz in Italien negativ. Zwischen 2008 und 2014 ist der Investitionsanteil am Bruttoinlandsprodukt Italiens konstant gesunken, und zwar von 22% auf 17%. Nun soll in dieser Sache die Kehrtwende kommen. Wirtschaftsexperten erwarten, dass die Investitionen in Italien 2015 wie auch 2016 um mindestens 2% pro Jahr ansteigen. Das etwas positivere allgemeine Stimmungsbild dürfte Unternehmen dazu animieren, wieder verstärkt in Maschinen und Geräten zu investieren. Noch relativ schwach sollte allerdings – so der Bericht – die Investitionstendenz im Bausektor bleiben.
Der Rückgang des Investitionsvolumens hat in den Vorjahren die Konjunktur in Italien immer wieder negativ belastet. 2015 und 2016 soll der Wachstumsbeitrag der Investitionen am italienischen Bruttoinlandsprodukt wieder im positiven Bereich liegen. Den größten Konjunkturschub erwarten die Experten vom Export (+ 2% zirka), gefolgt vom Privatkonsum und von den Investitionen (rund einen halben Prozentpunkt).
Man würde sagen, Italien ist zurück - immer, wenn die Prognosen auch eintreten.

N. 127 05.09.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Patient China: nur verschnupft oder todkrank?

*Turbulenzen an den asiatischen Börsen verunsichern seit rund einem Monat die **internationalen Börsen**. Droht das System des Staatskapitalismus zu scheitern?*

Mit rund 10 % Wirtschaftswachstum pro Jahr hat China in den vergangenen 30 Jahren eine beispiellose Entwicklung erfahren. Doch das Vertrauen von Seiten der internationalen Finanzinvestoren in die mittlerweile größte Volkswirtschaft der Welt schwindet. Das System zeigt Risse wirtschaftlicher, politischer und sozialer Natur.
Die optimistischsten Beobachter sehen in der jüngsten Abschwächung der chinesischen Wirtschaftsentwicklung eine rein technische Korrektur. Die Kreditvergabe sei in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark angestiegen, was zu einer überaus regen Bautätigkeit geführt habe. Das Vertrauen auf anhaltend hohe Wachstumsraten Chinas habe die Aktienkurse in die Höhe getrieben. Bei den letzthin beobachteten Kurseinbrüchen handle es sich demzufolge um Anpassungsprozesse, die im Fall überhitzter Aktien-und Immobilienmärkte durchaus üblich seien.
Doch es gibt auch solche, die in den Symptomen des Patienten China weit mehr als einen harmlosen Schnupfen erkennen wollen. Zwar ist China inzwischen zur größten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen, doch die Inlandsnachfrage bleibt schwach. Die Hälfte der in China produzierten Güter ist für den Export bestimmt. Dass die Inlandsnachfrage relativ schwach geblieben ist hängt auch mit dem Umstand zusammen, dass große Teile der Bevölkerung nicht vom chinesischen Wirtschaftswunder profitiert haben. Der Übergang vom Staatskommunismus zum Staatskapitalismus hat indes seltsame Blüten getrieben: In keinem anderen Land der Welt gibt es eine so hohe Zahl an Neureichen wie heute in China - in keinem eine so hohe Anzahl an Menschen, die an der Armutsgrenze leben. Die soziale Ungleichheit ist in China seit dem Umbruch rasant gestiegen – die sozialen Spannungen nehmen zu. Politische Beobachter behaupten, dass innerhalb der Kommunistischen Volkspartei ein Machtkampf zwischen den alten politischen Machthabern und den neuen Wirtschaftsbossen schwele. Zudem hätte die Parteizentrale Schwierigkeiten damit, die Politik zwischen Zentrum und Peripherie zu koordinieren. Neben dem offiziellen Kreditmarkt hat sich parallel ein riesiges Schatten-Bankensystem entwickelt. Bis zum heutigen Tag ist es der chinesischen Regierung nicht gelungen, dieses Phänomen in den Griff zu bekommen. Wie auch die Korruption. Kritiker behaupten höhnisch, es sei dies der Bereich, der in China am stärksten boome.
Der Fall China macht deutlich: Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Entwicklung sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Hohe Wirtschaftsraten stehen nicht automatisch für eine Weiterentwicklung der Gesellschaft. Und der Weg Chinas hin zu einem demokratischen Rechtsstaat und zu einem Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung ist noch weit.

N. 133 17.10.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Rekordverdächtig

*Im **Südtiroler Tourismus** könnte der Nächtigungsrekord von 2012 geknackt werden, vorausgesetzt, die positive Tendenz hält bis zu Jahresende an. In den ersten 8 Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Übernachtungen von Gästen um +3,8% zum Vorjahr angestiegen.*

„Wenn man von den Hoteliers nichts hört, läuft es gut", wissen Brancheninsider. Und wenn sich in den letzten Monaten relativ wenige Hoteliers negativ zur laufenden Sommersaison geäußert haben, sagt das auch schon alles. Das gute Wetter und die wiedergekehrte Reiselust der Italiener haben hier sicherlich geholfen.
Inzwischen hat das Landesinstitut für Statistik auch die Zahlen für die wichtigen Monate Juli und August veröffentlicht. Somit stehen die vollen ersten acht Jahresmonate zur Verfügung – diese stellen bekanntlich drei Viertel der Nächtigungen eines Jahres. Die „Drei-Viertel-Bilanz" 2015 lässt sich durchaus sehen: War der Jahresauftakt noch relativ bescheiden, so startete der Tourismus in den Sommermonaten richtig durch. Besonders der Mai konnte mit + 21,3 % nennenswerte Zuwächse verbuchen. Einen leichten Dämpfer gab es im Monat Juni (-3,1 %). Sehr stark entwickelte sich die tourismusintensiven Monate Juli (+ 7,3%) und August (+ 3,2%). In der Summe der ersten acht Jahresmonate erzielte die Tourismuswirtschaft im Jahr 2015 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres einen Zuwachs von + 3,8%. Auch die Beschäftigungsstatistiken untermauern, dass Hotels und Restaurants einem positiven Trend folgen. Mit einem Beschäftigungszuwachs von + 3,5 % bzw. 837 Arbeitsstellen ist das Gastgewerbe jener Sektor der Südtiroler Wirtschaft, der in den ersten neun Jahresmonaten am meisten Jobs geschaffen hat. Die negative Tendenz der Bauindustrie (-2,9% bzw. 203 Arbeitsstellen) konnte damit mehr als aufgewogen und in ein Beschäftigungsplus umgewandelt werden. Quer durch die gesamte Südtiroler Wirtschaft stieg die Beschäftigung nämlich um + 1,0% bzw. 1.931 Arbeitsstellen.
Spannend bleibt die Frage, was im letzten Jahresdrittel auf uns zukommt. Hierzu ein Gedankenspiel: Sollten selbst in den letzten vier Jahresmonaten „nur" die Zahlen des Vorjahres geschrieben werden, würde das Jahr 2015 mit einem Nächtigungsplus von + 2,8% abschließen. Würde sich hingegen die bisherige positive Entwicklung in einem Rhythmus von mindestens + 2,3% fortsetzen, dann ist sogar das Rekord-Jahresergebnis von 2012 geknackt.
Die Ertragslage im Südtiroler Gastgewerbe dürfte in Wirklichkeit sogar noch etwas besser ausfallen, als dies letzthin aus Umfragen bekannt wurde. Heizöl und Brennstoffe sind so günstig wie selten zuvor, die niedrigen Zinsen begünstigen die Aufnahme von Kapital, und selbst die Lohnkosten pro Kopf dürften nicht wesentlich angestiegen sein. Es läuft also vieles rund im Tourismus. Jetzt müsste er nur noch etwas „sanfter" werden. (Die Rekorde von morgen könnten bald auch daran gemessen werden.)

N. 138 21.11.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Des einen Leid

*Zu den vielen **Folgen des IS-Terrors** gehören veränderte Reiseentscheidungen von Urlaubern und Umwälzungen in den internationalen **Handelsbeziehungen**. Für Südtirol sind es voraussichtlich wieder einmal keine schmerzlichen.*

Das Blutbad von Paris und der Absturz des russischen Ferienfliegers über Sinai haben unschuldige Menschen getroffen, und wir sind bei ihnen. Die Folgen des tückischen IS-Terrors sind weitreichend, auch in der Wirtschaft. Zweifelsfrei beeinflusst der Terror die Kauf- und Freizeitentscheidungen der Menschen und somit auch die internationalen Handelsbeziehungen. Wie so oft im Leben gilt auch hier: Des einen Leid ist des anderen Glück.
Gerade als Europa von den Terroranschlägen in Paris erschüttert wird, fällt der Euro auf ein neues Tief von 1,06 im Vergleich zum US-Dollar. Analysten spekulieren bereits, wie lange es noch dauern wird, bis die vollständige Parität von Euro und US-Dollar erreicht ist. Dennoch ist die Talfahrt des Euro nicht eine Folge der jüngsten Terroranschläge.
Bei genauerer Betrachtung sieht man, dass bei der Einheitswährung lediglich jene Abschwächung weiter geht, die bereits vor einigen Wochen eingesetzt hat. In den USA rechnet man damit, dass die Federal Reserve erstmals nach langer Zeit die Leitzinsen anhebt. Im Euro Raum hingegen geht man davon aus, dass die europäische Zentralbank die Geldzügel weiterhin locker hält. Diese gegensätzlichen Richtungen der beiden wichtigsten Zentralbanken der Welt schlagen sich in der Zinsentwicklung nieder und diese wiederum beeinflusst den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar. Gleichzeitig ist Rohöl so billig wie selten. Nordseeöl der Sorte Brent quotiert in den letzten Tagen unter 44 US-Dollar das Barrel. Die Fördermengen übersteigen die eingebremste Nachfrage. Hier macht sich die geringere Flug- und Reisebereitschaft als Folge der Furcht vor weiteren Terroranschlägen bemerkbar.
Für Südtirols Wirtschaft dürften die neuen Entwicklungen auf den Weltmärkten eher günstig sein. Der schwache Euro begünstigt das Exportgeschäft. Die niedrigen Zinsen beleben weiterhin neue Investitionen. Niedrige Rohstoffpreise entlasten die Unternehmen bei den Kosten und schaufeln Gewinne frei, die über Lohnerhöhungen und Betriebsprämien zu einem guten Teil an die Belegschaft weitergegeben werden können.
Einen großen Schub dürfte vor allem der Südtiroler Tourismus erleben. Weil Flug- und Städtereisen jetzt gemieden werden, werden viele Urlauber andere Verkehrsmittel und nähere Ziele wählen, wie eben Südtirol. Es klingt pietätlos, aber man muss es als kommende Tatsache sehen: Diesen Winter dürfte Südtirol ein Gästezustrom erwarten, wie es ihn lange nicht mehr gegeben hat.

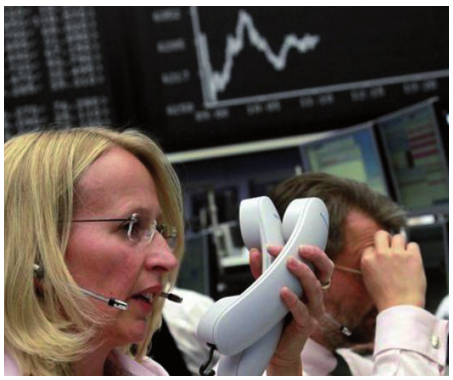
N. 147 13.02.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Mitgehangen – mitgefangen

Wohin mit dem Ersparten? *Das fragen sich heute viele Kleinsparer. Bereits jetzt setzen die Südtiroler im italienischen Vergleich verhältnismäßig stark auf Aktien und anderen Wertpapieren. Diese Entwicklung birgt Risiken, aber auch Chancen.*



In Südtirol wird überdurchschnittlich viel gespart. Zu den Daten, die Anfang dieser Woche von der Wirtschaftszeitung IlSole24ore veröffentlicht wurden, nahm sogar Landeshauptmann Arno Kompatscher Stellung. Aus der Statistik geht hervor, dass es in der Region Trentino Südtirol 48% der Einwohner gelungen ist, Geld auf die hohe Kante zu legen – das ist italienweit der höchste Wert - und dass die Südtiroler und Trentiner vergleichsweise stärker in Aktien und Investmentfonds investieren als Einwohner in anderen Regionen. Ein Ergebnis, das fleißige Leser des AFI-Barometers nicht überraschen dürfte. Zwar ist die Zielgruppe dort auf die Arbeitnehmer begrenzt, doch auch hier zeigt sich mit erstaunlicher Konstanz, dass es jede zweite Person schafft, Geld auf die hohe Kante zu legen. Ob es dann 1 € oder 1.000 € pro Monat sind, ist ein andere Geschichte. Und da wären wir auch schon bei der Sparquote. Diese zeigt auf, welcher Teil vom Einkommen nicht für Konsum, sondern fürs Sparen bestimmt ist. Im EU-Schnitt bewegt sich die Sparquote der privaten Haushalte stets zwischen 10 und 15% - der jüngste Wert beträgt 12,8%.

Gewinnbringend sparen ist heute alles andere als leicht. Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, wie die in Schieflage geratenen vier mittelitalienischen Banken, die Einführung der Bail-in-Klausel sowie teilweise Negativzinsen für Staatsanleihen haben die Sparer verunsichert. Wertbeständigkeit ist das wichtigste Kriterium, das die Arbeitnehmer zugrunde legen, wenn sie ihr Erspartes anlegen, gefolgt von der Liquidität, also die unmittelbare Verfügbarkeit des Ersparten. Wer heute eine akzeptable Rendite erwirtschaften will ist gezwungen, ein gewisses Risiko auf sich zu nehmen. Doch ein Umstand stößt einigen sauer auf: In den Verwaltungsräten von Aktiengesellschafen sitzen nur selten Vertreter von Arbeitnehmern oder Konsumenten. Um deren Interessen gewahrt zu sehen, hat die Verbraucherzentrale Südtirol kürzlich vorgeschlagen, in jeden Bankvorstand ein von ihnen vorgeschlagenes Mitglied zu berufen. Aber auch die Gewerkschaften schießen sich in dem kürzlich auf nationaler Ebene von CGIL-CISL-UIL verabschiedeten Dokument „Un moderno sistema di relazioni industriali“ verstärkt auf Kooperation mit dem Management ein. In diesem Falle hätten Arbeitnehmer über ihre Vertreter auch konkret Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Gesellschaft. Wer in Aktien investiert wüsste dann auch, dass Konsumenten- und Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsräten sitzen, die für die Anliegen der „kleinen Leute“ eintreten. Dann hieße es „mitgehangen“, und nicht „ausgeliefert“.

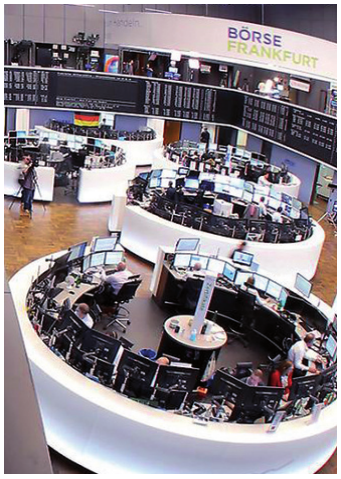
N. 148 20.02.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Verfehlter Jahresauftakt

Zuspitzung der ***Flüchtlingskrise***, ***Crash an den Börsen****: Der Start ins neue Jahr ist alles andere als geglückt. In Deutschland ist die Rezessionswahrscheinlichkeit innerhalb eines Monats um ganze 10 Prozentpunkte angestiegen.*



Wie die Hans-Böckler Stiftung schreibt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession gerät, in den vergangenen Wochen deutlich angestiegen. Das signalisiert der Konjunkturindikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Für das laufende Quartal weist der IMK-Konjunkturindikator, der die wichtigsten Informationen über die aktuelle Wirtschaftslage bündelt, eine durchschnittliche Rezessionswahrscheinlichkeit von 23,6 Prozent aus. Im Vormonat lag das Rezessionsrisiko lediglich bei 13,9 Prozent. In anderen Worten: In nur einem Monat ist die Rezessionswahrscheinlichkeit für Deutschland um 10 Prozentpunkte angestiegen. Der nach dem Ampelsystem aufgebaute Indikator liege heute zwar noch im "grünen Bereich" (geringe Rezessionsgefahr), der von null bis 30 Prozent reiche. Er habe sich aber der nächsten Warnstufe (gelb, erhöhte Unsicherheit) stark genähert. Den deutlichen Anstieg des Rezessionsrisikos erklären die Konjunkturforscher in erster Linie damit, dass die Aktienkurse ihre Talfahrt mit rasantem Tempo fortgesetzt und sich die Stimmungsindikatoren weiter eingetrübt haben. Darüber hinaus sei die Auftragslage der deutschen Unternehmen nicht mehr so rosig. Hinzu kommt, dass sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen abermals verschlechtert hätten. Noch wird der Anstieg des Rezessionsindikators lediglich als negatives Signal gewertet. Die Analysten sehen sich vorerst nicht dazu angehalten, an der Konjunkturprognose für Deutschland von 1,8 Prozent im Jahr 2016 zu rütteln. Halten allerdings Flüchtlingskrise, militärische Konflikte im Nahen Osten und negative Tendenz an den Börsen an, so stehe eine Absenkung der Wachstumsprognose vor der Tür, heißt es aus der Hans-Böckler-Stiftung. Ein Schritt, den die OECD Mitte dieser Woche bereits vollzogen hat. Die Wachstumsprognosen für 2016 wurden für die meisten Länder Europas nach unten revidiert – am stärksten für Deutschland, nämlich um einen halben Prozentpunkt. Immer stärker setzt sich die Einsicht durch, dass niedrige Rohstoffpreise nicht nur ein Wohl, sondern auch ein Risiko sind, zumal sie sich negativ auf die Wachstumschancen der Schwellenländer auswirken. Mittlerweile spricht auch die OECD offen davon, dass steuerliche Anreize und öffentliche Investitionen notwendig sind, um die Binnennachfrage zu stützen. Damit sehen sich jene bestätigt, die seit jeher behauptet haben, dass die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank alleine nicht ausreicht, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

N. 155 09.04.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Zur „Voucherisierung“ des Arbeitsmarkts

*Arbeitsgutscheine – so genannte Voucher – liegen im **Trend**. Allein im Jahr 2015 wurden in Südtirol 3,2 Mio. solcher **Arbeitsgutscheine** ausgegeben. Erfolgt die Verwendung sachgerecht oder werden die Saisonverträge verdrängt?*

Sie würden neues Prekariat verursachen, die Voucher (Wautscher ausgesprochen). Von Berlusconi eingeführt, um Gelegenheitsarbeit unbürokratisch aus der Schattenwirtschaft zu heben, stehen die Voucher heute im Verdacht, reguläre Arbeitsverhältnisse zu verdrängen. Das System ist im Grunde einfach: Der Arbeitgeber kauft diese Voucher zum Nennwert von 10 € von einer akkreditierten Stelle an. Beim Einlösen, z.B. im Postamt, bleiben der Arbeitskraft 7,5 €, die restlichen 2,5 € fallen dem Staat in Form von Steuern zu. Anfangs war die Verwendung von Vouchern begrenzt. Der Jobs Act aber hat ihre Einsatzmöglichkeiten erweitert.

Der Aufschrei der Gewerkschaften kam Mitte März. Die Zahl der neu abgeschlossenen Arbeitsverhältnisse in Italien war um -23% gesunken, die Zahl der ausgestellten Voucher aber um + 36% gestiegen. Verdrängen die Voucher traditionelle Arbeitsformen? Ja, sagt UIL-SGK-Gewerkschafter Christian Troger. Er spricht von einer „Voucherisierung“ des Arbeitsmarkts. 2015 seien allein in Südtirol 3,2 Mio. Voucher ausgegeben worden. Das ist italienweit der 6. Platz. Troger läuft Sturm gegen eine an die Spitze getriebene Flexibilisierung der Beschäftigung. Nein, sagt LVH-Vizepräsident Martin Haller. Die Voucher seien eine einfache und praktische Entlohnungsform für gelegentliche Arbeitsleistungen. Ein legales Arbeitsverhältnis sei eindeutig der Schwarzarbeit vorzuziehen – gerade letztere sei in Italien ein großes Übel.

Was stimmt nun? In Südtirol ist die Zahl der Arbeitnehmer heuer im Jänner und Februar zusammen um + 2,5% angestiegen, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Aber: Die unbefristeten Verträge haben um + 4,3% zugenommen, die befristeten Verträge hingegen um -2,8% abgenommen. Im Gastgewerbe, wo ziemlich genau ein Drittel der befristet Beschäftigten arbeitet, ist ein Zuwachs der „Unbefristeten“ von + 18,7% zu beobachten, ebenso wie die stagnierende Zahl von „Befristeten“ (+ 0,1%). Also nichts mit Verdrängung von Standard-Arbeitsformen – zumindest zunächst noch nicht. Vieles spricht dafür, dass Arbeits-Voucher in Südtirol (noch) zum allergrößten Teil für Zuerwerb und geringfügige Tätigkeiten eingesetzt werden und die Saisonverträge nicht ausbremsen. Trotzdem tut die italienische Regierung gut daran, möglichen Missbrauch zu unterbinden. Arbeitsminister Poletti hat ein Änderungsdekret angekündigt.

N. 160 14.05.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Südtiroler Wirtschaft 2016: Quo vadis?

*Nach WIFO und AFI hat diese Woche auch das ASTAT seine **Wachstumsprognose** für 2016 veröffentlicht. Mit +0,5% ist es unter den drei Instituten am vorsichtigsten. Das WIFO prognostiziert +1,5%. Das AFI liegt mit +1,0% mittendrin.*

Prognosen sind äußerst schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen“ – diesem Zitat wird früher oder später jeder angehende Wirtschaftsforscher begegnen. Prognosen sind abhängig von der jeweils verfügbaren Daten- und Wissensgrundlage, von Erfahrungswerten, von der Interpretation von Ereignissen und erwarteten Wirkungsketten und - selbstverständlich - vom Zeitpunkt der Prognose selbst. Was Wunder also, dass für die Südtiroler Wirtschaft aktuell drei Prognosen kursieren, die sich zwar nicht im Vorzeichen, wohl aber in der Intensität der Veränderung unterscheiden.

Der „Pessimist“: Am Donnerstag hat das ASTAT seine BIP-Prognose für das Jahr 2016 bekannt gegeben, die mit + 0,5% recht gedämpft ausfällt. Das Landesinstitut für Statistik begründet die vorsichtige Schätzung mit dem schwächelnden Aufschwung in Deutschland und Italien, des Weiteren mit der Flüchtlingskrise und den damit verbundenen Ausgaben. Auch der Umstand, dass „auf den internationalen Märkten der Wettbewerbsdruck anhaltend stark bliebe, dürfte die Preissetzungsspielräume der Südtiroler Exportindustrie einschränken“.

Der „Optimist“: Das WIFO der Handelskammer Bozen hielt noch im März 2016 an der schon im November des Vorjahres für 2016 formulierten Prognose von + 1,7% fest. Im Monatsreport April 2016 wurde sie schließlich leicht auf + 1,5% abgesenkt. Der relativ abrupte Dämpfer des Konsumklimas im April bewog Handelskammerpräsident Michl Ebner jüngst zur Aussage, dass „die Verbesserung der Konjunkturlage im Vergleich zu 2015 deutlich spürbar“ sei, „auch wenn das Wirtschaftswachstum heuer etwas weniger stark als ursprünglich erwartet ausfallen wird“.

„Mittendrin“: Das AFI. Die Deutung des internationalen und nationalen Umfelds, in das die Südtiroler Wirtschaft eingebettet ist, entspricht weitgehend jener von ASTAT und WIFO. Offensichtlich bewertet das AFI das Risiko besonders hoch, dass Südtirols Außenhandel an Dynamik verlieren könnte. Dies vor dem Hintergrund, dass 2015 ein Rekordjahr war, das erstens schwierig zu toppen sein wird und es zweitens aufgrund der geopolitischen Lage zum Ausfall einzelner Märkte kommen könnte. Des Weiteren sieht es das AFI als kritisch an, dass die Löhne nicht zulegen, was sich negativ auf den Konsum – und das ist die volkswirtschaftlich wichtigste Komponente – auswirken könnte.

Dass die drei Institute zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen, muss nicht wundern, sondern ist vernünftige Vielfalt und spricht für eine lebendige Forschungslandschaft. Alles andere wäre verdächtig. Und dass Südtirol mehr Forschung braucht, ist eingehend durch international vergleichbare Zahlen belegt.

Sozialpartnerschaft

N. 145 29.01.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Hut ab vor Durst und Apparatebau

*Dass und wie **erfolgreich Sozialpartnerschaft** sein kann, beweisen die beiden Südtiroler Vorzeigeunternehmen Apparatebau und **Durst Phototechnik AG**. Zur Nachahnung empfohlen, heißt es aus Arbeitnehmerkreisen.*

Viele Südtiroler Leitbetriebe bewegen sich in Richtung betriebliche Sozialpartnerschaft. Es geht um eine moderne Arbeitsorganisation, die sowohl leistungsstark als auch mitarbeiterfreundlich ist. Denn wo es gelingt, Produktivität und soziale Sicherheit miteinander zu verbinden, dort wachsen die Motivation der Mitarbeitenden und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Das technische Instrument dafür sind moderne Formen von Betriebsabkommen, so wie sie in den Firmen Apparatebau aus Laag/Neumarkt und Durst Phototechnik AG aus Brixen verwirklicht wurden.

Beide Unternehmen haben eine hohe innerbetriebliche Sozialpartnerschaft entwickelt. Zusätzlich zu den betriebseigenen Sozialleistungen gibt es ein Betriebsabkommen, das alle Partner, nämlich die Mitarbeiter, die Belegschaftsvertretung und die Führung, in die Verantwortung nimmt.

Damit solche Partnerschaften Schule machen, hat das AFI das Modell der beiden Firmen unter die Lupe nehmen dürfen und daraus Lehren gezogen, die auch auf andere Betriebe anwendbar sind. Bei der Firma Apparatebau zum Beispiel heben die AFI-Forscher positiv das Klima der gegenseitigen Anerkennung hervor. Um Probleme besser lösen zu können, fließt ständig Information. Das Management etwa übernimmt die Initiative bei Arbeitssicherheit und Arbeitsorganisation und bespricht laufend sich mit der Belegschaftsvertretung. Hinzu kommen feste Treffen, in denen Organisation, Technik und Strategie besprochen werden. Die Arbeitnehmervertretung erhält die betriebsbezogenen Daten, wobei auch Schwierigkeiten auftreten können, sofern es um Informationen zur Wettbewerbsstrategie des Unternehmens geht. Weitere Treffen gibt es zur Kollektivvertragstätigkeit. Die Betriebsabkommen der beiden Firmen weisen einen hohen Regelungsstand auf und beinhalten auch innovative Ansätze. Bei Restrukturierungen hat die Gewerkschaft ihre Nützlichkeit bewiesen, als es um die Suche nach zufriedenstellenden Lösungen für alle ging. Die Konfliktintensität zwischen den Sozialpartnern ist gering und die Streikbereitschaft niedrig – Folgen der guten Arbeitsbedingungen. Das Dienstalter im Betrieb ist hoch, es liegt bei 15 Jahren. Wesentlich ist die Personalpolitik. Zwar artikuliert die Arbeitnehmerseite klar ihre Interessen, wenn es etwas zu verbessern gilt, aber sie nützt dabei nicht Instrumente aus, die dem Betrieb Schaden zufügen könnten.

N. 146 06.02.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Unproduktives Südtirol?

*Für die Statistik steht Südtirol in der **Arbeitsproduktivität** nur **mittelmäßig** da. Grund dafür ist sind die spezielle Wirtschaftsstruktur und die vielen kleinen Betriebe.*

Das wirft die Frage auf, ob es wirklich vorteilhaft ist, die Löhne an die Produktivität zu koppeln.

Seit einigen Wochen ist es wieder im Gespräch. Die Lohnentwicklung sollte an die Arbeitsproduktivität gekoppelt werden. Auf den ersten Blick scheint dies einleuchtend. Was spricht schon dagegen, Arbeitnehmer dann zu belohnen, wenn der Betrieb gut läuft, und umgekehrt sie mit in die Verantwortung zu nehmen, wenn schlechtere Zeiten anstehen? Der Haken an der Sache ist, dass die Produktivität von sehr vielen Dingen abhängt, die überhaupt nicht vom einzelnen Arbeitnehmer beeinflusst werden können und wo er auch mit der besten Leistung nichts zum besseren Ergebnis beitragen kann.

Nehmen wir das Beispiel Südtirol. Die hiesige Wirtschaft ist geprägt von Kleinstbetrieben. Südtirol hat knapp 20.000 Ein-Personen-Unternehmen. Das heißt, jedes zweite Unternehmen in Südtirol ist eine „Ich-AG“. Außerdem ist die Südtiroler Wirtschaft vorwiegend auf Bereiche mit niedrigem Technologiegehalt ausgerichtet. Die Landwirtschaft ist im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften noch stark. Nicht, dass eine solche Wirtschaftsstruktur schlecht wäre. Südtirol hat gerade deswegen die Finanzkrise ab 2008 wesentlich besser durchtaucht als andere Regionen. Und es gibt auch viele gesellschaftlich positive Effekte, wie die Versorgung vor Ort und die regionale Entwicklung. Nur zieht das alles den Schnitt der Gesamtproduktivität des Wirtschaftssystems nach unten.

Zweitens hat Produktivität mit Standortbedingungen zu tun. Verkehrswege, Absatzmärkte, Gewerbeflächen, arbeitsrechtliche und steuerliche Bestimmungen, Bildungswesen, Justiz, öffentliche Verwaltung, politisches System, Kultur und Traditionen – alles das bestimmt mit, wie hoch die erzeugte Wertschöpfung ausfällt. Anders gesagt, mit gleicher Halle, gleichen Maschinen und gleichen Mitarbeitern kann man in Südtirol eine höhere Wertschöpfung erzielen als etwa in Bangladesch.

Wenn höhere Löhne an die Steigerung der Produktivität gekoppelt würden, müsste sich Südtirols Wirtschaft grundsätzlich stärker auf Sektoren mit hohem Technologiegehalt und hoher Wertschöpfung ausrichten. Unter der Bedingung, dass die betriebliche Mitbeteiligung der Arbeitnehmer stärker Fuß fasst und Betriebsergebnisse transparent zugänglich sind, kann man darüber reden, einen Teil des Lohns an die Produktivität des Betriebes zu koppeln.

Welfare

N. 124 15.08.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Wie viel Leistung, wie viel Vorbestimmung?

Wachsende **Ungleichheit** ist weder leistungsgerecht, noch notwendig, noch unvermeidlich. Wenn, dann ist sie politisch gewollt und durchgesetzt. Warum es jetzt Zeit ist, diesen Trend umzukehren.

„Es kann nur verteilt werden, was zuvor produziert wurde". Sicher haben Sie diesen Spruch schon von zahlreichen Wirtschaftsexperten und Politikern gehört. Allerdings, die Wechselwirkungen zwischen Produktion und Verteilung sind der Wirtschaftsforschung nicht ausreichend bekannt. Keine Frage: Ein hohes Bruttoinlandsprodukt ist eine gute Voraussetzung für eine umsichtige Verteilung. Es stimmt aber auch, dass die Art, wie das Volkseinkommen verteilt wird, die Chancengleichheit und die soziale Durchlässigkeit wesentlich mitbestimmt. Nur unter gleichen Ausgangsbedingungen kann ein fairer Wettbewerb erst gar bestehen, nur dann kann von einer Leistungsgesellschaft gesprochen werden, in der sich die Besten und nicht die „Best-Geborenen" abheben.
Dass soziale Gerechtigkeit auf jedem Fall Vorteile bringt, davon ist auch die deutsche Hans Böckler Stiftung überzeugt. Sie stellt fest, dass der Platz in der Einkommenshierarchie wesentlich vom Geburtsland, der Hautfarbe, dem Geschlecht und dem sozialen Status der Eltern bestimmt wird. Die Wahrscheinlichkeit von Mädchen zu studieren ist größer als die von Jungen. Als studierter Mann wird man allerdings sehr wahrscheinlich mehr verdienen als Hochschulabsolventinnen. Die Chance, auf ein Gymnasium zu kommen, ist für ein Akademiker-Kind siebenmal höher als für ein Kind aus weniger bildungsprivilegierten Haushalten. Die meisten großen Vermögen in Deutschland sind nicht erarbeitet, sondern „ererbt". Dank guter Beziehungen und kulturellem Kapital werden überdurchschnittlich viele Kinder von Führungskräften für Führungspositionen rekrutiert. Natürlich gibt es auch einzigartige Karrierebeispiele, aber in der Regel nimmt die soziale Mobilität mit zunehmender Ungleichheit ab.
Einkommensunterschiede können nur dann als leistungsgerecht legitimiert werden, wenn die Politik vorher durch Besteuerung und staatliche Fördermaßnahmen alles tut, die ungleiche Chancenverteilung zu korrigieren. So sollten Vermögen progressiv besteuert werden und große Erbschaften weitgehend dem Allgemeinwohl zufließen. Auf der Ausgabenseite müssen Wohnbauprogramme die soziale Segmentierung aufbrechen, Schulen mit vielen Schülern aus bildungsfernen Schichten überdurchschnittlich mit Lehrern und Lehrmaterialien ausgestattet werden, gebührenfreie Kinderkrippen und -gärten frühkindliche Entwicklung fördern, Sprachkurse den Migranten die Integration erleichtern – so die Empfehlungen der Experten der Hans Böckler Stiftung.
Welche neuen Erkenntnisse erschließen sich uns für Südtirol? Chancengleichheit muss Ziel einer Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sein, die über den rein feministischen Ansatz hinausgeht.

N. 125 22.08.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Neues Wohnen – altes Fördern

*Die Bedürfnisse rund ums Wohnen sind heute grundlegend anders als vor 40 Jahren. Dem muss auch die **Wohnbauförderung** Rechnung tragen. Allerdings, erst nach eingehender Evaluation.*

Die aktuelle Zeit steht im Zeichen der Reformen. Reformen am Arbeitsmarkt, am Bildungssystem und am sozialen Abfederungssystem sind eingeleitet. Spätestens 2017 soll Südtirol eine weitere Reform erleben, nämlich jene der Wohnbauförderung.
Die Wohnbauförderung, die bis dato gilt, hat vielen Südtiroler Familien eine hohe Lebensqualität beschert. Wer sich ein Eigenheim nicht aus eigener Kraft leisten konnte, konnte entweder auf eine finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand oder auf eine Sozialwohnung zählen. Das „alte" System basiert auf Prämissen, die vor mehr als einer Generation durchaus Standard waren: ein hoher Anteil an „geregelten" Familien, lineare Lebens- und Erwerbsbiografien, eine stark territorial verwurzelte Bevölkerung. „Jeder Familie ihr Eigenheim": Zu Recht hatte es die Landesregierung damals als höchstes soziales Gut angesehen, dieses Prinzip zu verfolgen.
Doch das Umfeld hat sich grundlegend gewandelt. Geändert hat sich einerseits die Nachfrage: Mittlerweile scheitert in Südtirol jede vierte Ehe, viele Lebenspartnerschaften erfolgen „lose", es mehrt sich die Zahl an Patchwork-Familien. Die Lebens- und Erwerbsbiografien werden brüchiger: Dass im Laufe des Lebens mehrere Berufe und Standorte gewechselt werden, ist keine Seltenheit mehr. Der Begriff Lebenspartner ist dem Begriff Lebensabschnittspartner gewichen. Die Lebenserwartung ist heute deutlich höher als noch vor 40 Jahren, die durchschnittliche Zahl an Kindern pro Familie geringer.
Aber auch auf der Angebotsseite haben sich die Gegebenheiten geändert: Baugrund ist knapp und teuer, der Neubau weicht der Sanierung, die Preise der Immobilien sind, insbesondere in Premium-Lagen, für Normalverdiener kaum erschwinglich. Gemäß der neuen politischen Orientierung wird von den Mitbürgern ein gewisses Maß an Eigenverantwortung eingefordert. Dies schließt mit ein, dass bereits im frühen Erwerbsalter die Basis für die eigene Zusatzvorsorge gelegt wird – Fondmittel, die in einem zweiten Moment für das Bausparen verwendet werden können. Aus der Zukunftsforschung heißt es, das Prinzip „besitzen" werde schrittweise dem Prinzip „nutzen" weichen. So wird das Eigentums-Auto nach und nach dem Car-Sharing weichen, der Wohnungsbesitz der Wohnungsnutzung.
Eine zeitgemäße Wohnbau- und Wohnbauförderungspolitik darf die neuen Bedürfnisse von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nicht ausklammern. Doch ist es wichtig, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Vielmehr geht es darum, die allgemein erfolgreiche Wohnbauförderung der vergangenen Jahrzehnte zukunftsfest zu machen. Ähnlich wie für die Raumordnung sollte man sich auch für die Wohnbauförderung die notwendige Zeit einräumen, um 2017 ein intelligentes Wohnbauförderungsgesetz schnüren zu können.

N. 130 26.09.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

In schlechter Gesellschaft

*Nur in Rumänien, Litauen, Griechenland und in der Slowakei ist in Europa die **Steuerhinterziehung** noch stärker ausgeprägt als in Italien – zumindest, was die Mehrwertsteuer anbelangt. Berücksichtigt man die vier wichtigsten Steuerarten gehen dem italienischen Fiskus jährlich 91,4 Mrd. € durch die Lappen.*

Mit dem Stabilitätsgesetz 2013 wurde in Italien für die Regierung die Pflicht eingeführt, dem Parlament jährlich einen Fortschrittsbericht im Kampf gegen die Steuerhinterziehung vorzulegen. Bedeutung erlangt der Bericht auch deshalb, weil dort die zusätzlichen Ressourcen ausgewiesen sind, die aus dem Kampf gegen die Steuerhinterziehung resultieren. Diese fließen wiederum in einen Fond zur Senkung des Steuerdrucks. Mit dem Prinzip, „alle sollen Steuern zahlen, damit jeder weniger zahlt" scheint der italienische Staat – zumindest auf dem Papier – Ernst zu machen.
Letzte Woche hat das Wirtschafts- und Finanzministerium die jüngsten Zahlen veröffentlicht. Sie reichen bis ins Jahr 2013. Die Analysten im Ministerium bemessen das Steueraufkommen, das jährlich dem Fiskus aufgrund von Steuerhinterziehung abhandenkommt mit 91,4 Mrd. €. Dies entspricht 6,6% des italienischen Bruttoinlandsprodukts. Berücksichtigt werden die Mehrwertsteuer (IVA), die Einkommenssteuer auf natürliche Personen (IRPEF) und die Unternehmenssteuern IRES und IRAP. Von der Berechnung ausgenommen sind die Sozialvorsorge und die Unfallversicherung (INPS und INAIL). Würde man auch diese Kategorien mit einrechnen, würde der Betrag noch wesentlich höher ausfallen.
Die höchsten Volumina an hinterzogener Steuer wurden für die norditalienischen Regionen ermittelt. Das erklärt sich dadurch, dass es sich hier um besonders starke Wirtschaftsräume handelt. Allerdings ist die Neigung zur Steuerhinterziehung in den süditalienischen Regionen besonders stark ausgeprägt. Will heißen, vom theoretischen Steueraufkommen landet dort ein verhältnismäßig hoher Anteil in die Hinterziehung.
Am meisten am Fiskus vorbei gearbeitet wird bei der Mehrwertsteuer. Diese Endverbrauchersteuer macht allein 40,3 der 91,4 Mrd. € an hinterzogener Steuer aus. IRPEF und IRES sind im Bericht zusammen ausgewiesen und betragen 44 Mrd. €, während die hinterzogene IRAP „nur" 7,2 Mrd. € ausmacht.
Auch bei der Immobiliensteuer IMU schwindelt man sich am Fiskus vorbei – wenngleich sich dies in der Praxis für Steuerbetrüger schwieriger gestaltet. Die Experten beziffern den Fehlbetrag der IMU für das Jahr 2013 auf 5,6 Mrd. €, was 28,5% des theoretischen Steueraufkommens durch die IMU entspricht.
Eine gute öffentliche Verteilung funktioniert nur unter der Voraussetzung realitätsgetreuer Einkommens- und Vermögenserklärungen. Ein entschiedener Kampf gegen die Steuerhinterziehung könnte uns so manche Diskussion über Sparmaßnahmen bzw. Anhebung von Steuersätzen ersparen.

N. 139 28.11.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Kein Platz im Aufzug

*Im **großen Haus der Gesellschaft** Platz im Aufzug nach oben zu finden, bleibt für viele Bewohner immer noch ein Traum mit geringen Chancen, wahr zu werden. Aber warum?*

65% der Südtiroler Arbeitnehmerschaft ist überzeugt, dass der Unterschied zwischen jenen, die viel haben und jenen, die wenig haben, in erster Linie auf die Herkunftsfamilie und deren Stellung zurückzuführen ist. Nur 35% sehen in den Unterschieden einen Ausdruck von persönlichen Fähigkeiten und Arbeitsleistung. Ist es im Wohlstandsland Südtirol tatsächlich so schlecht bestellt um die Chancen, Platz im sozialen Aufzug zu finden, unabhängig davon in welchem Stockwerk man wohnt, sprich, aus welchem sozialen Umfeld man stammt? Was sagt die Wissenschaft dazu?
Gerade Mitte dieser Woche stellte Professor Wilfried Altzinger von der Wirtschaftsuniversität Wien aktuelle Daten dazu vor. Die gesellschaftliche Stellung bzw. die Ungleichheit sind Ausdruck sowohl der Beziehungen, der Einkommenssituation und dem Bildungsgrad der Eltern, aber auch der Wohlfahrts-, Umverteilungs- und Bildungspolitik der Staaten. Am wirkungsvollsten kann der Staat auf Ungleichheiten einwirken, wenn er mit der Bildung bereits im frühkindlichen Alter ansetzt und wenn er über Steuern verhindert, dass die Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen immer weiter auseinander klafft. Die skandinavischen Staaten sind hier seit Jahrzehnten Vorreiter.
Erstaunlich ist, wie stark der Bildungsgrad der Eltern bereits den der Kinder vorbestimmt: Die Kinder von Eltern mit Universitätsabschluss erreichen selber mit einer Wahrscheinlichkeit von 54% einen akademischen Abschluss. Demgegenüber bringen es Kinder von Eltern mit Vorschulabschluss nur mit einer Wahrscheinlichkeit von nur 6% zu einem akademischen Abschluss. Bildungsentscheidungen, die Eltern für ihre Kinder treffen, bestimmen ganz stark deren zukünftigen gesellschaftlichen Status. Schon, ob sie sie in einen Kinderhort einschreiben oder nicht. Dasselbe bei Freizeit: Ob es ein Reit-, ein Tennis- oder ein Fußballclub ist, in den Kinder eingeschrieben werden, ist ein großer Unterschied. Hier bildet sich das Netzwerk, in das Kinder hineinwachsen. In Südtirol dürfte noch etwas zum Tragen kommen. Südtirol hat viele Kleinstbetriebe. Meist sind es Familienbetriebe, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Immer noch sehr häufig wird der Sohn des Anwalts ebenfalls Anwalt, die Tochter der Juwelierin ebenfalls Juwelierin. Berufe werden gewissermaßen vererbt. Diese enge Bindung zur Familie spricht für Kontinuität, ist aber ein Hemmnis für die soziale Durchlässigkeit. Also mit ein Grund, warum der Aufzug nach oben öfter stockt, als es sich für eine gute Hausverwaltung gehörte.

N. 149 27.02.2016

Wirtschaft quer

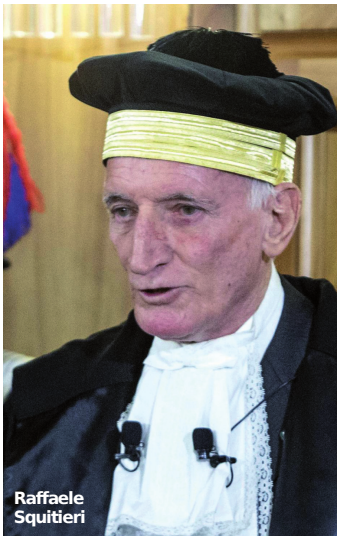
von Stefan Perini – Direktor AFI

Neue Einsicht

*Als **„teilweisen Misserfolg“** bezeichnete jüngst der Rechnungshof die **Sparpolitik** des Staates. Leidtragende seien die Bürger, die eine Verschlechterung der öffentlichen Dienste hinnehmen müssen. Schlägt der **Rechnungshof** einen weicheren Kurs ein?*

Harte Worte gegen die italienische Sparpolitik findet Raffaele Squitieri, der Präsident des Rechnungshofs, bei der Eröffnung des Gerichtsjahres vor nicht mehr als zwei Wochen. Die spending review habe nicht die Sanierung und Effizienzsteigerung der öffentlichen Haushalte bewirkt, sondern sei stets mit der Abschaffung von Diensten für die Allgemeinheit verbunden gewesen. Nun brauche es öffentliche Investitionen in den strategischen Bereichen, so der Chef des Rechnungshofes. Italien könne nur auf Wachstumskurs gebracht werden, wenn der Rückstand bei den Infrastrukturen gegenüber den wettbewerbsfähigeren Staaten aufgeholt werde.

An sich sind diese Aussagen nicht neu. Dass sie aber vom italienischen Rechnungshof kommen, macht sie bedeutsam. Denn im ganzen letzten Jahrzehnt arbeitete der Rechnungshof aktiv an der Beschneidung der Staatsausgaben mit. Die Schuldenlast der öffentlichen Haushalte war spätestens seit Ausbruch der internationalen Finanzkrise zu einem Problem geworden. Ausdruck fand



Raffaele Squitieri

das in hohen Zinszuschlägen für Staatspapiere. Auf einmal war alles, was den Namen „öffentlich“ trug, negativ behaftet: die Ausgaben für die Sanität, für den Sozialstaat, die Beiträge für Unternehmen und Familien. Der Rechnungshof kam seiner Aufgabe nach und kontrollierte die öffentliche Verwaltung verstärkt. Doch irgendwann scheint der Bogen überspannt worden zu sein. Spätestens dann, als öffentliche Verwalter zusehends davor zurückschreckten, Projekte anzugehen oder Aufträge zu vergeben, und zwar nicht nur wegen der verordneten Einsparung, sondern auch aus Angst, eventuell vom Rechnungshof belangt zu werden. Unbestritten ist: Die Öffentlichen Ausgaben haben in den letzten Jahren nicht dazu beigetragen, die Konjunktur zu stützen, sondern haben, ganz im Gegenteil, das Wirtschaftswachstum maßgeblich behindert.

Nun probt der Rechnungshof den Richtungswechsel. Auf einmal heißt es, die Einschnitte seien wohl übertrieben worden oder nicht treffsicher gewesen – zum Nachteil vieler Bürger, die öffentliche Grunddienste gekürzt sehen. Dies zeigt einmal mehr, wie schwierig es ist, zu unterscheiden: Zwischen notwendigen und überflüssigen Ausgaben, zwischen Ausgaben mit kurzfristiger und nachhaltiger Wirkung, zwischen Basis und Luxus. Und dass Einschnitte nach dem Rasenmäher-Prinzip zwar der leichteste, aber nicht der beste Weg sind.

N. 159 07.05.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Wachstumsbremse Ungleichheit

*Neuere Studien zeigen: Sind **Vermögen und Einkommen** allzu ungleich verteilt, ist dies kontraproduktiv für das Wirtschaftswachstum. In politischen Kreisen hat sich dies offensichtlich noch zu wenig herumgesprochen.*

2014 hat Thomas Picketty mit seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ eine große Debatte losgetreten. Steigende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen sei die zentrale Ursache für geringes gesamtwirtschaftliches Wachstum und für unsichere gesellschaftliche Verhältnisse, sagt Picketty. Da er dies anhand von Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt, ist er sehr glaubwürdig und findet mit seiner These immer größeren Zuspruch. Doch wie so oft stoßen auch in dieser Frage verschiedene „Schulen“ aufeinander.

Die klassische Wirtschaftstheorie sagt, dass beides, Effizienz und Gleichheit, zusammen nicht machbar sind. Demnach würde die Umverteilung von Einkommen als Mittel, mehr Gleichheit herzustellen, zwingend dem Wachstum entgegenstehen. Die höhere Belastung mit Steuern und Abgaben würde die Anreize zu mehr Leistung vermindern und somit die Arbeitsproduktivität einbremsen.

Der neue Ansatz hingegen stützt sich auf den Beleg, dass Länder mit höheren Einkommensungleichheiten in den vergangenen Jahrzehnten ein geringeres Wirtschaftswachstum verzeichnet haben als solche mit geringer Einkommensungleichheit. Bei großer Einkommensungleichheit sei das zentrale Problem jenes, wie eine hinreichende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zustande kommen soll, um eine hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern. Eine Schlüsselrolle komme dem privaten Konsum zu, so der neue Ansatz. Dieser macht in entwickelten Volkswirtschaften zwischen 60 und 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Wenn sich die Einkommen von weiten Teilen der Bevölkerung nur schwach entwickelten, drohe entweder eine Überschuldung der unteren Einkommensgruppen, die ihren Konsum kreditfinanziert hochhalten (wie es vor der Wirtschaftskrise 2008 in den USA der Fall war), oder ein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall. Hohe Ungleichheit bedeutet auch, dass sich viele Menschen keine gute Ausbildung und Gesundheitsversorgung leisten können. Dies führe zu einem schwächeren Humankapital und somit zu geringerem Produktivitätswachstum.

Das Auseinanderklaffen der Wohlstandsschere gefährde außerdem die politische Stabilität und fördere Korruption und Kriminalität, betont diese alternative Wirtschaftstheorie.

Eine stärkere Besteuerung der Kapitaleinkommen und eine Reduzierung der Besteuerung von Arbeit macht in dieser Hinsicht also Sinn. Auch die Forderung nach einer Vermögenssteuer bzw. einer stärkeren Besteuerung von Erbschaften kann nicht leichtfertig mit dem Argument der unerwünschten Belastung von Betriebsvermögen abgetan werden.

Wirtschaftspolitik

N. 121 25.07.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Bröckelnder Vorreiter

*Lange Zeit hielt sich der Mythos, Südtirol würde alles besser machen. Der **Name Südtirol** stand für politische Entscheidungsfreudigkeit, Weitsicht und eine effiziente Verwaltung von öffentlichen Mitteln. Dieses Image ist heute gleich mehrfach angekratzt.*

Niemand will behaupten, die Landesregierung würde derzeit von einem Fettnäpfchen ins andere treten, denn es findet sich auch viel Gutes unter den verabschiedeten Maßnahmen. Doch es häufen sich doch Ereignisse, die auf Sand im Getriebe hindeuten. Wie schaut es aus mit Südtirol in Punkto Entscheidungsfreudigkeit, Weitsicht und effizienter Verwaltung von öffentlichen Mitteln?
Entscheidungsfreudigkeit - sie war einmal. Die heißen Eisen wie das Benko-Projekt oder der Flughafen Bozen werden an die Bevölkerung delegiert. Und wenn nicht, so wird auf Zeit gespielt, im Idealfall löst sich das Problem von selbst. Zu bedenken allerdings: Südtirol steht im regionalen Wettbewerb und in der Zwischenzeit haben andere Regionen womöglich zukunftsweisende Entscheidungen getroffen. Auch ein Nein kann eine zukunftsweisende Entscheidung sein, denn es macht Platz für Neues. Man denke an das klare Nein Deutschlands zur Atomenergie, das den Weg für den Boom der erneuerbaren Energien geebnet hat. Das Schlechteste ist, gar nicht zu entscheiden.
Weitsicht - nur bedingt. Südtirol war dafür bekannt, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen. Die stringente Raumordnungspolitik von Alfons Benedikter hat sich Jahrzehnte später als Glücksgriff erwiesen. Stets kam Südtirol auch die geografische Lage als Bindeglied zwischen dem deutsch- und italienischsprachigen Raum zugute. Man denke an das Projekt Klimahaus. Von Südtirol aus wurde energiesparendes Bauen in ganz Italien etabliert. Heute ist der Wettbewerbsvorteil Südtirols deutlich geschrumpft. Weitsicht zeigt hingegen derzeit vielfach unsere Nachbarprovinz. In Trient ist man wesentlich weiter als in Bozen in Sachen Gesundheitsfond, dasselbe gilt für die interprofessionellen Bildungsfonds. Oder denken wir an den Generationenpakt, der in Trient bereits Realität ist und wo es in Südtirol noch hakt, was auch die ASGB-Jugend kürzlich in einer Aussendung angekreidet hat.
Verwaltung von öffentlichen Mitteln - aufwachen bitte. Südtirol war jahrelang regelrecht darauf getrimmt, Gelder von Europa und von Rom ins Land zu scheffeln. Diese Eigenschaft ist den Südtirolern wohl abhandengekommen, genauso wie die Tugend der korrekten Abrechnung. Vor wenigen Tagen sind Zahlen über die Verwendung von EU-Geldern veröffentlicht worden. Südtirol schneidet im regionalen Vergleich ungewohnt schlecht ab. Um das Schlamassel im ESF aufzuräumen, wird Südtirol zukünftig mit Formez zusammenarbeiten – mit anderen Worten – man wird sich an eine hauptsächlich in Süditalien tätige Struktur anlehnen, weil man es selbst nicht auf die Reihe bekommt.
Vieles läuft in Südtirol noch gut. Einige behaupten aber auch: Früher schaute Trient nach Südtirol. Heute schaut Südtirol nach Trient.

N. 128 12.09.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Gute Sozialpolitik ist gute Wirtschaftspolitik

*Soziale Gerechtigkeit macht sich bezahlt. Das zeigt der **„Erste Bericht zu Wachstum** und gerechter Verteilung", gerade eben veröffentlicht vom Weltwirtschaftsforum.*

Soziale Gerechtigkeit: Dafür konnten sich früher die Wirtschaftswissenschaftler nur am Rande begeistern. Heute ist das anders. Jüngst hat sich sogar das Weltwirtschaftsforum mit der steigenden Kluft zwischen Arm und Reich beschäftigt. In einer umfassenden Vergleichsstudie untersucht es 112 Staaten in Bezug darauf, wie das Wirtschaftswachstum gefördert und wie gerecht der Wohlstand verteilt wird. Die Wissenschaftler des Weltwirtschaftsforums kommen zum Schluss, dass massive Ungleichheiten nicht nur ein moralisches Problem sind, sondern auch ein ökonomisches. Wirtschaftsfreundlichkeit und gleichmäßige Wohlstandsverteilung sind keine Gegensätze. Ganz im Gegenteil, sie helfen einander. Eines der wichtigsten Argumente der Wissenschaft ist: Wenn das volkswirtschaftliche Wachstum bei sehr vielen Haushalten ankommt und deren Kaufkraft erhöht, dann erzeugt das eine kräftige und breitgefächerte Binnennachfrage, die wiederum das Wirtschaftswachstum ankurbelt.
Diese erste, umfassende Grundlagenstudie des Weltwirtschaftsforum beruht auf 140 Einzelindikatoren in sieben Bereichen: Bildung, Beschäftigung & Löhne, Vermögensbildung & Unternehmertum, Finanzintermediation, Korruption & Mieten, Infrastruktur & Grundversorgung, Steuertransfers.
Im Vergleich der 30 größten Industrienationen schaffen es die skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Finnland mit Kanada und Australien am besten, Wachstum und gerechte Verteilung unter einen Hut zu bringen. Schlecht schneiden die USA, Frankreich und die Mehrzahl an süd- und osteuropäischen Länder ab, darunter auch Italien. Das Urteil über die soziale Gerechtigkeit im Stiefelstaat ist vernichtend. Das Weltwirtschaftsforum nennt Korruption, Schwarzarbeit und mangelnde politische Ethik als Hauptursachen für die Misere. Die hohe Arbeitslosigkeit gehe einher mit unfreiwilliger Teilzeitarbeit und prekären Arbeitsverhältnissen, die Erwerbsbeteiligung der Frauen sei gering, das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen eines der höchsten, das Sozialsystem weder umfassend noch effizient.
Der Bericht macht überaus deutlich, wie sich die wirtschaftliche Produktion und die soziale Verteilung gegenseitig beeinflussen. „Gute Wirtschaftspolitik ist gute Sozialpolitik", meinte der Südtiroler Unternehmerverband kürzlich. Die Ergebnisse des Weltwirtschaftsforums zeigen: der Satz gilt genauso andersrum: Gute Sozialpolitik ist gute Wirtschaftspolitik!

N. 129 19.09.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Mysterium Landeshaushalt

*In diesen Tagen hat der **Landtag** den **Nachtragshaushalt** diskutiert und genehmigt. Den Einblick hat nach wie vor niemand – trotzdem übertreffen sich alle in Besserwisserei.*

Nachtragshaushalt und Finanzgesetz. Darum ging es diese Woche im Südtiroler Landtag. Zum einen musste über die Verwendung zusätzlicher Mittel in Höhe von 138 Mio. € befunden, zum anderem sollten über das Finanzgesetz eine Reihe von gesetzlichen Anpassungen vorgenommen werden. Teile der Opposition kritisierten das Finanzgesetz als „Korrekturwerkstatt für mehrere, soeben verabschiedete Landesgesetze".

Die Mehreinnahmen des Landes von 138 Mio. € kommen durch jenen Teil der Mehrwertsteuer-Einnahmen zustande, die jetzt ans Land statt an die Region gehen, aber auch durch Einnahmen aus der SEL-Beteiligung sowie durch die angezogene Konjunktur, was auch Steuergelder in den Landeshaushalt schwemmt.

Wo es Geld zum Verteilen gibt, weiß ein jeder besser als der andere, wie es auszugeben sei. Dabei hat die Landesregierung schon klare Vorstellungen, was wohin geht: 38 Mio. € in das Gesundheitswesen, 30 Mio. € in die Pflegesicherung, 30 Mio. für den Regionalfonds FUR, 22 Mio. € zur Deckung des ESF-Lochs, 10 Mio. € für die Familien und 8 Mio. € für das Personal. Doch andere wussten es besser: „Steuern senken, statt Geld verschenken", meinte beispielsweise Andreas Pöder, der dafür plädierte, den gesamte Spielraum für Steuerentlastungen zu nutzen. Hans Heiss hielt es dagegen für sinnvoller, die zusätzlichen Mittel für die Pflegesicherung und die Sanität einzusetzen. Steuerliche Entlastungen herbeiführen oder den Wohlfahrtsstaat stärken, das war denn auch der Kern der Debatte – mit den verschiedensten Varianten an Zwischenlösungen.

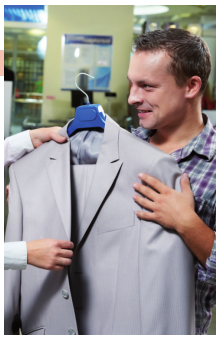
Als Wirtschaftswissenschaftler bin ich erstaunt. Erstaunt vor allem über den Durchblick, den unsere Politiker offensichtlich über den Landeshaushalt haben. Offensichtich kennt jeder die Dotierung der einzelnen Kapitel und ist eingehend informiert über Ausmaß und Güte der Verwendung der Gelder in den einzelnen Bereichen. Das erachte ich nämlich als Voraussetzung, um beurteilen zu können, wo Kürzungen angebracht, Umschichtungen sinnvoll und Aufstockungen möglich sind.

Hand aufs Herz. Über die öffentlichen Budgets wissen wir alle zu wenig: die Landespolitiker, die Wirtschaftswissenschaftler, die Wirtschaftsjournalisten. Ich plädiere für die einzige sinnvolle Investition: jene in die Verbesserung der Datenlage. Wir brauchen einen besseren Überblick über die Dotierung der einzelnen Ausgabekapitel – aber nicht nur. Die einzelnen Geldtöpfe müssen systematisch einer Durchleuchtung unterzogen werden um zu prüfen, inwiefern die beabsichtigten gesellschaftlichen Ziele erreicht werden. Solange wir nicht die Datenlage verbessern und die Güte der Mittelverwendung prüfen, werden die Beschlussanträge im Landtag auf dem Niveau von Wunschlisten, die Statements auf dem Niveau von Sonntagsreden bleiben.

N. 131 03.10.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI



Sonntagsöffnung: Widerstand wächst

Geschäfte am Sonntag offen: ja oder nein?
Diese Frage spaltet zweifelsfrei die Gemüter. Nach einer Welle der Liberalisierung versucht man langsam wieder zurück zu rudern – in Tirol, aber auch in Rom.

Zur Vorgeschichte: Im November 2011 wurde durch das Dekret „Salva Italia" die vollständige Liberalisierung der Öffnungszeiten im Einzelhandel eingeführt. Südtirol hat in der Folge versucht, die Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen auf ein vertretbares Maß zu reduzieren – im Rahmen seiner Zuständigkeiten und unter Berücksichtigung des Tourismus. Das Landesgesetz wurde aber angefochten und vom Verfassungsgericht für rechtswidrig erklärt. Das AFI hat in einer Umfrage bei Südtirols Arbeitsnehmern nachgefragt, wie sie die Sache sehen. Die Befragten antworten hier nämlich gleich in zweifacher Funktion: als Konsument und als Arbeitskraft. Das Ergebnis: Knapp zwei Drittel (65%) der Südtiroler Arbeitnehmer sind grundsätzlich gegen die Sonntagsöffnung. 17% stehen ihr gleichgültig gegenüber, 18% sind dafür. Auf die Frage, ob sie selber am Sonntag einkaufen gehen, antworten 59% der Befragten, dass sie dies nie tun, 23% selten, 14% manchmal, aber nur 4% gehen oft am Sonntag einkaufen. Hervorzuheben ist, dass Südtirols Arbeitnehmende konsequent sind. Will heißen, wer gegen die Sonntagsöffnung ist, kauft sonntags auch nicht ein. Mehrheitlich sind Südtirols Arbeitnehmer der Meinung, dass eine regelmäßige Arbeit an Sonntagen ihr Familien- und Privatleben belasten würde: 65% würden dies eher als Belastung oder als eine sehr große Belastung empfinden. Die restlichen 35% sehen dies hingegen weniger problematisch.

So schwierig sich der Kampf momentan gestaltet, so mehren sich doch die Zeichen, dass eine totale Liberalisierung bei der Bevölkerung nur bedingt auf Zustimmung stößt. Die österreichische Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier befragte jüngst rund 1.850 Handelsangestellte in Innsbruck zu Sonntagsöffnung und zur „ Shopping-Night". 93,3% sprachen sich gegen eine Sonntagsöffnung aus. 68,1% begrüßen es nicht, bei der Innsbrucker „Shopping-Night" bis 23 Uhr zu arbeiten.

Dass eine Verlängerung der Öffnungszeiten im Handel nicht zu mehr Konsum und Umsatz, sondern lediglich zu einer Verschiebung des Umsatzes in Richtung Großverteiler führt, wird auch immer wieder von den Verbänden Confesercenti und Confcommercio angemerkt. Zurzeit liegen in der für den Handel zuständigen Kommission im römischen Senat rund 70 Abänderungsanträge für das derzeit gültige Staatsgesetz auf. Dieses schreibt pro Jahr 12 Schließungstage als obligatorisch vor. Diese 12 können mit entsprechender Begründung auch auf 6 reduziert werden, ebenso gibt es Ausnahmen für Tourismushochburgen und viele Branchen.

Der Augenblick könnte jedenfalls auch für die Landespolitik günstig sein, um in Rom einen Vorstoß zu wagen und - warum nicht - einen Durchbruch zu erzielen.

N. 143 16.01.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Bargeldgrenze: ja oder nein?

*Groß war in Südtirol der Druck auf die Politik, sie möge sich in Rom für eine **Anhebung der Bargeldgrenze auf € 3.000** stark machen. Dennoch: Über kurz oder lang wird Bargeld ganz verschwinden.*

Als großer politischer Erfolg gefeiert wurde in Südtirol, dass es mit dem römischen Stabilitätsgesetz 2016 gelungen ist, die Bargeldgrenze von den bisherigen 1.000 € auf 3.000 € anzuheben. Wer in der Wirtschaft am stärksten dafür plädiert hat, das war naturgemäß der Tourismus. Das Tagesgeschäft zeigt, dass Gäste ihre Urlaubsrechnung sehr häufig in bar zu begleichen wünschen. Für reiche Russen soll es ganz selbstverständlich sein, mit Koffern voller Bargeld anzureisen. Da könnte es dem einen oder anderen Gast sauer aufstoßen, wenn ihm die Barzahlung verwehrt bliebe. Eines stimmt sicher: Eine derartige Regelung sollte für den gesamten Euro-Raum gelten, andernfalls führt sie zu Wettbewerbsverzerrungen. Das Argument der hiesigen Wirtschaft, eine niedrige Bargeldgrenze in Italien würde die Wettbewerbsposition der Südtiroler Unternehmen schwächen, ist nachvollziehbar.

Doch auch die Argumente der Bargeld-Gegner sind nicht von der Hand zu weisen. Es ist bekannt, dass große Mengen an Bargeld kennzeichnend sind für Länder, in denen die Schattenwirtschaft blüht. Weniger Bargeld bedeutet bessere Rückverfolgbarkeit von Finanzflüssen. Das erleichtert die Arbeit der Steuerfahnder enorm. Steuerexperten sehen in der Begrenzung der Bargeldflüsse die Voraussetzung für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft.

Zwei Aspekte fallen besonders auf, beim Staat und bei den Interessenvertretungen. Der Staat scheint sich leicht schizophren zu bewegen, wenn er einerseits Bargeldverkehr bis zu 1.000 € erlaubt und auf der anderen Seite die Pflicht einführt, Bankomatzahlungen auch unter 30 € annehmen zu müssen. Wir werden in Zukunft einen Kaffee an der Bar oder eine Zahnbürste im Supermarkt also auch mit Bankomat zahlen können.

Bei den Interessenvertretungen sind die Gewerkschaften vorbehaltlos für eine möglichst starke Limitierung des Bargeldumlaufs, ganz im Sinn der Vorbeugung von Steuerhinterziehung. Kurios hingegen der Standpunkt der Verbraucherschützer: Diese sehen in der fortschreitenden Digitalisierung des Zahlungsverkehrs nicht nur die Gefahr, dass die Konsumenten den Überblick über ihre Ausgaben verlieren, sie sehen auch die Gefahr des " Gläsernen Menschen", das heißt, dass die Vertraulichkeit und der Datenschutz nicht mehr gewährleistet sind.

Bargeld ja oder nein? Die Frage mag im Jahr 2016 vielleicht noch berechtigt sein. Unsere Enkel werden sie sich nicht mehr stellen. Der technische Fortschritt wird sie inzwischen beantwortet haben.

N.150 05.03.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Über Grenzen zu mehr Lebensqualität

***Shopping** in Gewerbegebieten, **offene Geschäfte** rund um die Uhr: Der Handel hat im letzten J ahrzehnt eine übertriebene Deregulierung erfahren. Für die Arbeitnehmer heißt das meist schlechtere Vertragsformen und ungünstigere Arbeitszeiten.*

Nach dem Verwaltungspersonal des Verwaltungsgerichts schickt sich die Landespolitik an, eine weitere wichtige Zuständigkeit nach Südtirol zu holen: den Handel. Stark und seit Langem wehren sich die heimischen Interessensverbände gegen die übermäßige Liberalisierung, die nach EU-Richtlinien vor allem von Ministerpräsident Mario Monti durchgezogen wurde (mit dem Dekret „Salva-Italia" hat Rom im November 2011 die vollständige Liberalisierung der Öffnungszeiten im Einzelhandel beschlossen). Nun aber sollen in der Sechserkommission Wege ausgelotet werden, die den Provinzen Bozen und Trient Ausnahmen vor allem beim Handel in den Gewerbezonen und den Öffnungszeiten der Geschäfte erlauben.

Einschränken oder liberalisieren? In kaum einen anderen Wirtschaftssektor ist diese Frage gesellschaftlich so umstritten wie im Handel. Das AFI-Barometer hat im Sommer 2014 Südtirols Arbeitnehmer gefragt, was sie von der Sonntagsöffnung der Geschäfte halten. Zu beachten ist, dass Arbeitnehmer in dieser Frage auch als Konsumenten antworten. Knapp zwei Drittel (65%) der Südtiroler Arbeitnehmer sind prinzipiell gegen die Sonntagsöffnung, 17% ist es gleichgültig, 18% sind dafür. Auf die Frage, ob sie selbst sonntags einkaufen gehen, antworten 59% der Befragten, dass sie dies nie tun. Am Sonntag einkaufen gehen 23% selten, 14% manchmal, 4% oft. Südtirols Arbeitnehmer sind konsequent: Wer gegen die Sonntagsöffnung ist, kauft sonntags auch nicht ein. Mehrheitlich meinen Südtirols Arbeitnehmer, dass ständige Sonntagsarbeit das Familien- und Privatleben belaste: 65% würden es als eher große oder sehr große Belastung empfinden. Die restlichen 35% sehen es weniger problematisch.

Auch im Handel ist es, wie so oft, eine Gratwanderung. Einerseits wünscht sich der Konsument ein großes Angebot und kundenfreundliche Öffnungszeiten, bedingt gerade dadurch, dass heute immer häufiger in Familien beide Partner berufstätig sind. Andererseits muss die Einsicht einkehren, dass sich die moderne Gesellschaft selbst Grenzen setzen muss, will man vermeiden, dass Familienleben und zwischenmenschliche Beziehungen unter die Räder kommen. Grenzen als Basis für mehr Lebensqualität: Dieser Leitsatz soll die Einstellung künftiger Generationen prägen.

Freie Marktwirtschaft stützt sich auf den Wettbewerb. Das heißt allerdings nicht, dass es keine Regeln braucht. Im Gegenteil: Klare Regeln sind die Grundlage, auf der sich der freie Wettbewerb entfalten kann. Das wird von Vielen missverstanden.

N. 151 12.03.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

„Pampers-Bonus“ gar nicht gut

*Zu Recht setzen viele Gemeinden auf Familienfreundlichkeit. Ein **„Pampers-Bonus“**, sprich, die Ermäßigung der Müllgebühr für Wegwerfwindeln, ist allerdings der falsche Weg dorthin.*

Gemeinden zeigen sich gerne familienfreundlich – und das ist gut so, denn heute ist das gesellschaftliche Notwendigkeit. Aber der Weg dorthin treibt manchmal seltsame Blüten. Passend zum Frauentag am 8. März zeigten sich einige Südtiroler Bürgermeister besonders „babyfreundlich“. In ihrer Gemeinde hätten sie die Müllgebühr für Haushalte mit Kleinkindern deutlich herabgesetzt, der Windeln wegen. Gut gemeint vielleicht, aber schlecht getroffen. Diese Maßnahme ist aus ökologischer Sicht eine Dummheit und ist von der gesellschaftlichen Lenkungsfunktion her kontraproduktiv.

Beispiel gefällig? Eine Gemeinde gewährt Familien mit Kleinkindern eine Müllreduzierung von 30%. Familie A handelt ökologisch vorbildlich: Sie achtet auf Gesundheit, Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit beim Einkauf von

Konsumgütern, recycelt so viel wie möglich, nutzt also für das Baby moderne, wiederverwendbare Windeln. So gelingt es der Familie A, wenig Müll zu hinterlassen und zahlt deshalb, nehmen wir an, 300 € Müllgebühr im Jahr. Nun bekommt unsere Familie A von der Gemeinde eine prozentuelle Ermäßigung, die in unserem Rechenbeispiel 90 € ausmacht. Anders eine Familie B, die mit viel weniger ökologischem Bewusstsein Müll in Massen produziert. Ihr flattert von der Gemeinde eine Müllrechnung von 1.000 € im Jahr herein. Für Familie B gibt es jetzt einen Gemeinde-Beitrag von 300 € in Form eines Preisnachlasses.

Und da sind wir beim Kern des Problems. Die Gemeinde belohnt das Wegwerfen von umwelt- und gesundheitsschädlichen Stoffen stärker als das vorbildhafte Vermeiden von unnötigem Abfall. Sie weicht damit das Verursacherprinzip auf. Dieses beruht darauf, jene stärker zur Kasse zu bitten, die ein ökologisch oder gesellschaftlich nachteiliges Verhalten an den Tag legen. Ist dem nicht so, setzt die Politik völlig falsche gesellschaftliche Akzente.

Die Babyfreundlichkeit von Gemeinden geht auch anders: Ausreichend Kita-Plätze und Tagesmütter, beides zu günstigen Tarifen, Förderung ökologischer Alternativen zur Wegwerfwindel, eine gesundheitlich hochwertige Schul-Ausspeisung mit geringer Kostenbeteiligung, meinetwegen auch kleine Aktionen wie ein Willkommens-Paket oder nützliches Zubehör für Kleinkinder. Damit wäre der Umwelt, dem Geldbeutel und vor allen Dingen den Kindern mehr geholfen. Müllberge mit schwer abbaubaren und giftigen Stoffen verursachen der Gesellschaft hohe finanzielle und gesundheitliche Kosten. Müllberge sind sogar vermeidbar. Auf keinen Fall aber gehören sie zusätzlich subventioniert.

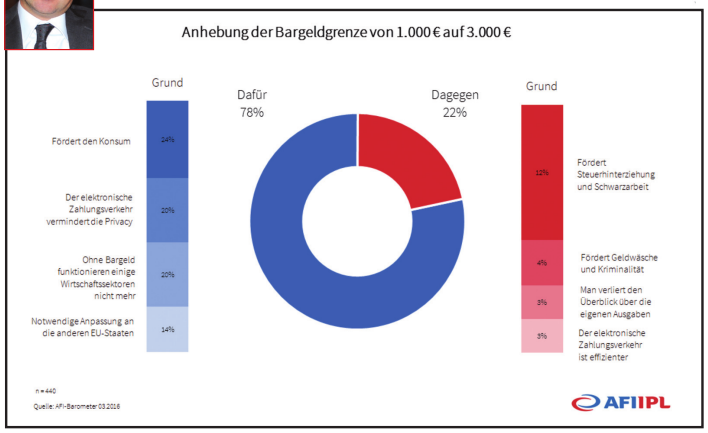
N. 157 23.04.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Virtuelle Freiheit

*Mit Jahresbeginn wurde die **Bargeldgrenze** in Italien von **1.000 € auf 3.000 € angehoben**. Südtirols Arbeitnehmer finden das größtenteils gut, auch wenn sie diese Möglichkeit im Alltag kaum wahrnehmen werden.*



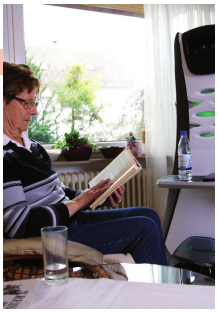
Das Stabilitätsgesetz 2016 hat die Grenze für Bargeld-Zahlungen von 1.000 € auf 3.000 € gesetzt. Wie das den Umgang mit Geld beeinflussen wird, wollte das AFI in seinem letzten AFI-Barometer von den Südtiroler Arbeitnehmern wissen. Das Ergebnis: Im Alltag wird das eine relativ geringe Rolle spielen: 90% der vom AFI befragten Arbeitnehmer werden Beträge über 1.000 € unverändert mit Karte oder Banküberweisung bezahlen. Trotzdem befürworten 78% der Befragten eine höhere Bargeldgrenze. Die Gründe: Nach Ansicht von 24% der Befragten fördere dies den Konsum. 20% sehen Bargeld als Garant für die Privacy, weil der Zahlungsverkehr nicht rückverfolgbar sei. Weitere 20% meinen, dass durch eine zu starke Einschränkung von Bargeldzahlungen einige Bereiche der Wirtschaft nicht mehr so gut laufen würden, allen voran der Tourismus. Schließlich sehen 14% der Befragten in der Anhebung des Bargeldlimits eine Angleichung an andere EU-Staaten. Gegen die Anhebung des Bargeldlimits sprechen sich 22% der Arbeitnehmer aus. 12% sehen in der Anhebung der Bargeldgrenze vor allem eine größere Möglichkeit für Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit. Unter ferner liefen stehen andere Gründe: 4% sind der Ansicht, Bargeld fördere die Geldwäsche und die Kriminalität. 3% fürchten, mit Bargeld den Überblick über die eigenen Ausgaben zu verlieren. Schließlich glauben 3%, dass der elektronische Zahlungsverkehr die effizientere Zahlungsform sei. Auffallend ist ein gewisser Widerspruch: Auf der einen Seite wollen Arbeitnehmer die Freiheit, Bargeld grenzenlos verwenden zu können, andererseits werden 90% für größere Beträge nach wie vor die elektronischen Zahlungsformen nutzen. Die virtuelle Freiheit steht also vor der effektiven Nutzung in der Praxis. Tendenziell wird die Bedeutung von Bargeld in Zukunft zurückgehen. Nur ein sehr kleiner Teil (14%) glaubt, dass in 20 Jahren Bargeld noch weit verbreitet sein wird. Mehr als die Hälfte der Befragten (52%) geht davon aus, dass Bargeld nur mehr marginal im Gebrauch steht. Nach Ansicht von 34% der Befragten wird Bargeld in 20 Jahren ganz verschwunden sein.

Zukunftsfähigkeit

N. 132 10.10.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Herzlose Zukunft?

*Die moderne digitale Technik zieht verstärkt auch in soziale Berufe ein. Eine Studie der **Hans-Böckler-Stiftung** wirft den Blick auf die Altenpflege von morgen.*

Die Vorstellung ist gleichermaßen faszinierend wie furchterregend: Senioren werden nicht mehr von Menschen, sondern von Robotern gepflegt. Japanische Firmen haben schon Maschinen mit starken Armen und großen Kulleraugen entwickelt, sogenannte Personen-Lifter. Sie heben Menschen aus dem Bett und setzen sie in den Rollstuhl. In Europa sind wir vom Einsatz solcher Geräte zwar noch weit entfernt. Doch digitale Technik spielt in der Altenpflege schon heute eine große Rolle.

Wie schaut also die Altenpflege der Zukunft aus? Die deutsche Hans-Böckler-Stiftung ist in einer Studie zu folgendem Schluss gekommen: Das Potenzial der Technik kann Gepflegten und Pflegenden zugutekommen – aber nur, wenn es nicht zu kostengetriebener Rationalisierung, sondern zur Qualitätsverbesserung genutzt wird.

Wie das AFI kürzlich nachgewiesen hat, herrscht auch in Südtirol im Pflegesektor ein hohes Maß an prekärer Beschäftigung und zum Teil Fachkräftemangel. Die Arbeit ist körperlich wie psychisch anstrengend und muss häufig unter so großem Zeitdruck erledigt werden, dass die Beschäftigten ihren eigenen professionellen Ansprüchen nicht gerecht werden können. Ein Teil der Pflegekräfte scheidet vorzeitig aus dem Beruf aus – frustriert und gesundheitlich angeschlagen. Da ist jede moderne Technologie willkommen, die den Pflegebedürftigen das Leben und den Pflegekräften ihre Arbeit erleichtert: Vor allem Personen-Lifter, elektronische Akten, GPS-Überwachung von Demenzkranken und intensivmedizinische Apparaturen, die zuhause aufgestellt werden.

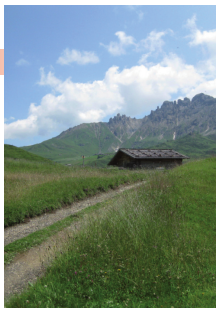
Erfolgt der Technikeinsatz hingegen aus Sparzwängen, kann der Schuss nach hinten losgehen: Entscheidend sei, dass die Technik nutzerfreundlich sei, den Bedürfnissen der Beschäftigten entspreche und in den Arbeitsalltag eingepasst werden könne, stellen die Forscher der Stiftung fest. Wenn, zum Beispiel, die Arbeit am pflegebedürftigen Menschen gestört werde, nur weil ständig irgendwelche Daten in die virtuelle Pflegeakte einzutragen sind, sei nichts gewonnen. Auch von den Pflegebedürftigen müsse neue Technik angenommen werden: Ohne ein gewisses Vertrauen begeben sie sich nur ängstlich und unter Protest in die „Arme" einer Maschine. Gelinge es, erste Berührungsängste abzubauen, könne ein Personen-Lifter in emotionaler Hinsicht sogar von Vorteil sein: Manchen älteren Menschen ist es unangenehm, sich von anderen tragen, heben und drehen zu lassen; ein Roboter kann hier die gewünschte Distanz schaffen.

Oder um es mit Aldous Huxley zu sagen: O schöne neue Welt, die solche Bürger trägt.

N. 137 14.11.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Es wächst die „Green Region"

*Die **Landespolitik** ist bestrebt, Südtirol zu einer **Modellregion** für nachhaltige alpine Mobilität zu machen. Gelingen soll dies im **Verbund** mit dem **Land Tirol** und der **Provinz Trentino.***

Das menschliche Gemüt neigt dazu, negativen Ereignissen großes Augenmerk zu schenken und das zu übersehen, was sich in eine gute Richtung entwickelt. Oder, poetisch ausgedrückt, man hört eher den einzelnen Baum, der fällt, als das viele Gras, das wächst. Recht zutreffend ist der Vergleich, wenn man beobachtet, was sich derzeit im Umwelt-und Verkehrsbereich tut. Hier schenkt man den großen und weltweiten Umweltsünden stärkeres Gehör als den vielen positiven Entwicklungen, welche die Umweltqualität positiv beeinflussen.

Werden Willensbekundungen konkret, die der Presse in den letzten Wochen zu entnehmen waren, dürfte sich die Umwelt- und Lebensqualität in Südtirol mittelfristig merklich verbessern.

Dolomitenpässe: Mit der Anerkennung als UNESCO-Weltnaturerbe hat Südtirol die Verpflichtung übernommen, den Individualverkehr einzuschränken. Eine Maut kommt aus logistischen Gründen kurzfristig nicht in Frage. Auch in einer Verkehrssperre zu gewissen Zeiten sieht man nicht die Lösung. Zielsetzung der Landespolitik ist es vielmehr, eine alternative Mobilität aufzubauen und für den öffentlichen Nahverkehr Elektrofahrzeuge und Wasserstoff-Busse einzusetzen.

Brennerkorridor: Die Landesräte von Südtirol, Tirol und dem Trentino machen sich weiterhin für eine gemeinsame Mobilitätsstrategie für den Brennerkorridor stark. Hervorgehoben wird die Wichtigkeit der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, eine abgestimmte Mautpolitik und das gemeinsame Vorgehen auf europäischer Ebene.

iMonitraf: Wie sich bereits aus dem Wort ableitet, setzt sich dieses Projekt zum Ziel, den Alpentransit besser zu monitorieren. Bei dieser technischen Plattform geht es in erster Linie um die Koordinierung regionaler Maßnahmen, eine gemeinsame Verlagerungspolitik sowie innovative Steuerungsinstrumente. Der nächste Meilenstein ist die Weiterentwicklung des Gebührensystems durch das sogenannte Mautsystem Toll+ an allen Alpenübergängen der EU. In Zukunft will man die externen Kosten berücksichtigen, die durch den Verkehr entstehen. Des Weiteren wird die Harmonisierung mit anderen Nord-Süd-Verbindungen im Alpenraum vorangetrieben, um den „Umwegverkehr" zu vermeiden und gleiche Bedingungen für alle Alpenübergänge zu schaffen.

Dass alle Strategien gut auf einander abgestimmt werden, dafür wird die Arbeitsgruppe „Green Mobility" Sorge tragen. Die Landesregierung hat dieses Gremium am 6. Oktober 2015 auf Antrag der Landesräte Mussner und Theiner eingesetzt.

Freuen wir uns also auf das viele Gras, das heranwächst.

N. 141 12.12.2015

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Lasst uns arbeiten

*Unternehmen fordern von der **Politik** gute Rahmenbedingungen. Doch auch Führungskräfte im Öffentlichen Dienst brauchen Rechtssicherheit und Planbarkeit. **„Lasst uns arbeiten!“** Laut ruft das zwar kein Verantwortungsträger im Öffentlichen Dienst, denken tun sich das heute wohl einige.*

Ein Jahr neigt sich dem Ende zu. Gelegenheit, wieder einmal ein Fazit zu ziehen, wie die Wirtschaft in Südtirol im Jahr 2015 gelaufen ist – und das ist sie gar nicht schlecht. Das AFI erwartet für 2015 in Südtirol ein Wirtschaftswachstum zwischen + 1,0 und + 1,5 Prozent, und auch ein heimisches, unternehmensnahes Prognose-Institut hat jüngst seine Prognose auf + 1,1% angehoben.

Die Voraussetzungen für das kommende Jahr sind also nicht schlecht. Auf jeden Fall wird 2016 ein Schlüsseljahr sein, denn die Legislatur neigt sich der Halbzeit zu. „2016 muss der Landeshauptmann und sein Team liefern“, heißt es aus dem Kreis von Politik und Interessensvertretungen. Was nämlich bis Ende 2016 nicht im Kasten sei, würde danach nur schwer umgesetzt werden können, weil sich ab 2017 schon viele für das Wahljahr 2018 in Stellung bringen.

Gemäß der neuen politischen Ausrichtung will die Landesregierung weniger direkt in die Wirtschaft eingreifen, sondern vielmehr die Rahmenbedingungen schaffen, dass sich Privatinitiative frei entfalten kann. Hinreichend bekannt ist, was auf der Liste der Unternehmer steht: die ausufernde Bürokratie, der hohe Steuerdruck, ein neues auf lokale Gegebenheiten zugeschnittenes Vergabegesetz, eine durchsichtige Raumordnung, Hygiene- und Arbeitssicherheitsbestimmungen mit Hausverstand. Auf den Punkt gebracht lautet die Botschaft: „Lasst uns arbeiten“.

Lasst uns arbeiten. Das müssten wohl nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Verantwortungsträger im Öffentlichen Dienst sagen. Ob Performanceplan, Mehrjahresplan, neue Ausschreibungsregeln, Transparenz und Antikorruption, digitale Verwaltung, Harmonisierung der Öffentlichen Haushalte – und über allem den Rechnungshof im Nacken: Da macht sich Verunsicherung breit. Wohl einige leitende Beamte dürften sich die Frage stellen, ob es überhaupt noch lohnt, sich der guten Sache willen dieser Verantwortung zu stellen. Sollte man als Alternative etwa dem Klischee des Öffentlichen Bediensteten entsprechen und so wenig wie möglich tun? Oder das Weite suchen, wie es einige Ärzte in Südtirol derzeit in Erwägung ziehen, weil sie die Rahmenbedingungen für gute Arbeit nicht mehr vorfinden?

Gute Rahmenbedingungen für die Arbeit von Unternehmen und Führungskräften im Öffentlichen Dienst herbeigeführt zu haben: Wenn Landeshauptmann Arno Kompatscher das als Zwischenbilanz seiner Regierungsarbeit Ende 2016 vorweisen kann, ist Südtirol auf Schiene gebracht.

N. 153 26.03.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Zukunft Südtirol = Natur - x

*Eine unversehrte **Umwelt ist für Südtirol** ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, aber nicht nur. Wenn Südtiroler Kinder im europäischen Vergleich relativ gesund sind, so auch deshalb, weil sie einen **privilegierten Zugang zur Natur** haben – die wohl beste Präventionsmaßnahme gegen ein finanziell ausuferndes Gesundheitssystem.*

Tageszeitung Dolomiten, Ausgabe vom 11. März: Auf Seite 15 wird erörtert, wie Südtirol der gestiegenen Feinstaub-, Ozon- und Stickoxidbelastung begegnen will. Wie der Leiter des Amtes für Luft und Lärm Georg Pichler erläutert, sei in Südtirol im Jahr 2015 die Luft so dick wie schon lange nicht mehr gewesen. Nun wolle man mit zwei Maßnahmen intervenieren. Mit BrennerLEC soll im Unterland auf der A22 ein dynamisches Tempolimit getestet werden. Die Eurovignette soll hingegen in der Konzessionsverlängerung für die Brennerautobahn festgeschrieben werden. „Wer mehr verschmutzt, soll in Zukunft auch mehr bezahlen“, lässt sich Landesrat Richard Theiner zitieren, denn: „Eine gesunde Umwelt ist für unser Land auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor“. Eine Aussage, die es in sich hat. Es ist ein Novum, dass ein Mitglied der Südtiroler Landesregierung offen von einem „Wirtschaftsfaktor gesunde Umwelt“ spricht.

Dass die landschaftliche Schönheit für Südtirol eine besondere Bedeutung hat, wird in Zusammenhang mit der touristischen Entwicklung schon seit geraumer Zeit betont. Schließlich ist gerade die schöne Kultur- und Naturlandschaft einer der Hauptgründe, warum es Gäste nach Südtirol zieht. Doch die positiven Effekte einer gesunden Umwelt werden zunehmend durch andere Forschungsergebnisse verstärkt. Beispielsweise, die eben veröffentlichte HBSC-Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO. Diese nimmt in regelmäßigem Abstand den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in 44 Ländern Europas und Nordamerika unter die Lupe. Das Hauptergebnis: Südtirols 11-, 13- und 15Jährige pflegen eine gesunde Lebensweise und sind körperlich fit. Im gesamtstaatlichen Vergleich weist die Provinz Bozen den niedrigsten Anteil an übergewichtigen jungen Menschen auf. Der erleichterte Zugang zur Natur und die vorhandenen Sporteinrichtungen regen zu körperlicher Bewegung an – als Freizeitbeschäftigung oder als Leistungssport. Die starke Präsenz des Ehrenamtes bildet das notwendige Rückgrat.

Nicht alles ist lässt sich unmittelbar in Geld ummünzen. Der Volkswirtschaftler würde das so deuten, dass die positiven externen Effekte, die von der Natur ausgehen, über lange Zeit unterschätzt wurden – gerade für Realitäten wie Südtirol. Silvius Magnago hat die Autonomie gesichert, Luis Durnwalder den wirtschaftlichen Wohlstand nach Südtirol geholt. Arno Kompatscher hat nun die Chance, Südtirol zum begehrtesten Lebensraum Europas zu machen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

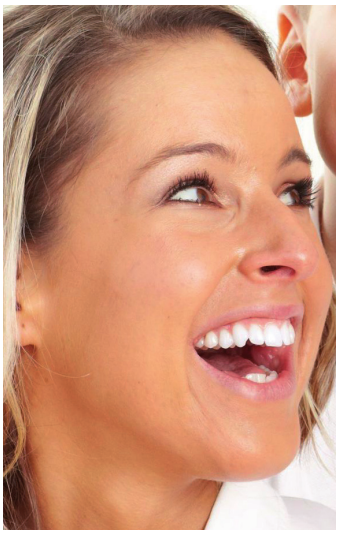
N. 154 02.04.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Work-Life-Balance

Über das Glück und wo es herkommt. *Am 20. März war der internationale Tag des Glücks. Dass die* ***Südtiroler glücklich*** *sind, das weiß man spätestens, seit das ASTAT dies für uns ermittelt hat. Wer andere Gene hat, der hat allerdings Pech. Denn 50% der Fähigkeit, sich zu freuen, ist angeboren.*



Kaum ein Tag, der nicht irgendetwas gewidmet wäre – weit über Mutter- oder Vatertag hinaus. So war der 20. März 2016 der internationale Tag des Glücks. Für unser Landesstatistikinstitut der Anlass aufzuzeigen, wie glücklich wir Südtiroler sind. Und tatsächlich, statistisch sind wir es. Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht glücklich) bis 10 (sehr zufrieden) bewerten 62,8% der Südtiroler ihre Zufriedenheit „mit dem eigenen Leben" insgesamt mit 8 bis 10 Punkten. Dieser Anteil ist deutlich höher als im italienischen Schnitt – dort liegt er bei 35,1%. Südtirol differenziert sich von Italien vor allem in der Zufriedenheit mit der „wirtschaftlichen Situation". Die Sachbereiche "Arbeit" und „Freizeit" heben sich ebenfalls ab. Bei den anderen Indikatoren („Familie" und „Freunde") liegen Südtirol und Italien gleichauf. Schon lange sucht die Wissenschaft nach qualitativen Messgrößen, die über das rein numerische Bruttosozialprodukt hinausgehen. Ein neuer Zweig ist die Glücksforschung. Der „World Happiness Report" zeigt jedes Jahr, in welchen Ländern es sich am glücklichsten lebt. Spitzenreiter dieses Jahr ist Dänemark. Auf das Siegertreppchen schaffen es noch die Schweiz und Island. Österreich platziert sich auf Rang 12, Deutschland auf Rang 16, Italien auf Rang 50. Wobei Südtirol in Sachen Glücksgefühle ja nicht Italien ist - wie eingangs erwähnt. Ob ein Mensch glücklich ist, hängt von vielen Faktoren ab, sagt die Glücksforschung: Die Region, in der man lebt, das Vermögen und Einkommen, und ob Staat und Rechtswesen wohlgeordnet sind. Wer glaubt, ein jeder könne seines eigenen Glückes Schmied sein, hat schon jetzt weit gefehlt und tut es umso mehr, weil auch die Gene mit entscheiden: 50 Prozent der „Glücksfähigkeit" sind nämlich angeboren. Weitere 10 Prozent des persönlichen Glücks werden von den Lebensumständen bestimmt. Nur die restlichen 40 Prozent können tatsächlich aktiv beeinflusst werden. Das Deutsche Institut für Glücksforschung spricht von insgesamt 21 Faktoren, die glücklich machen. Und Glücksempfinden ändert sich im Lebensverlauf. Am glücklichsten und zufriedensten sind in Deutschland die 30-Jährigen. Dann wird die Kurve flach. So gegen 47 gibt den Tiefpunkt in Sachen Glück. Dann steigt die Glückskurve wieder an.
Übrigens, auch Geld macht glücklich. Aber, wie Nobelpreisträger Angus Deaton herausgefunden hat, nur bis zu einem Einkommen von 75.000 US-$ brutto im Jahr. Alles was darüber liegt, könnte auch umverteilt werden, ohne das Glück des Einzelnen zu schmälern.

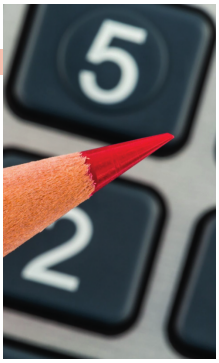
N. 154 16.04.2016

Wirtschaft quer

von Stefan Perini - Direktor AFI

Einen neuen Kompass bitte

Der ***IWF*** *hat diese Woche einmal mehr die* ***Wachstumsprognosen*** *nach unten revidiert. Traditionelle Instrumente, um die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, zeigen nur mehr bedingt Wirkung. Muss uns das aufregen?*



Die Ernüchterung kam vom Internationalen Währungsfonds Mitte dieser Woche in der April-Ausgabe des „World Economic Outlook". Fazit: Der IWF revidiert die Wirtschaftswachstumsprognosen für alle wichtigen Länder erneut nach unten. Zu groß sei die allgemeine Unsicherheit aufgrund der Risiken in militärischen, politischen und wirtschaftlichen Feldern. Die neuen Prognosen des IWF für 2016 sind: + 3,2% Wachstum für die Weltwirtschaft, + 2,4% für die USA, + 1,5% für Deutschland und + 1,0% für Italien.
Politik und Zentralbanken versuchen schon seit Langem, die Konjunktur mit allen erdenkbaren, auch kreativen Mitteln, anzuschieben. Doch es scheint, dass die alten Rezepte der Fiskal- und Geldpolitik nicht ausreichend greifen. Zudem sind Staaten übergreifende Reformen schwer umzusetzen, weil in irgendeinem Land immer wieder Wahlen anstehen und es sich kein Politiker mit den Wählern verscherzen will. In dieser Situation ist ein Moment der Reflexion angebracht. Es stellt sich die Frage, welchem Wachstumsmodell die moderne Gesellschaft eigentlich nachläuft. Seit Jahrzehnten ist das Bruttoinlandsprodukt die Referenzgröße, an der Erfolg und Misserfolg gemessen werden. Dabei kennen Fachleute längst die Grenzen und Schwächen dieser Berechnung. Das BIP ist eine fiktive Zahl als Endprodukt vieler Berechnungen, Schätzungen, zugrunde gelegter Parametern und Korrelationen. Auch wenn sich der Wert aller Produkte und Dienstleistungen mit hoher Genauigkeit bemessen ließe, so stellt sich dennoch die Frage, ob wirtschaftliches Wachstum an sich als gesellschaftliches Ziel angesehen werden kann. Wirtschaftswachstum ist nämlich nicht gleichbedeutend mit gesellschaftlicher Entwicklung. Neue Messgrößen, welche die gesellschaftliche Dimension stark in den Vordergrund stellen, sind bereits Realität. So etwa hat die Bertelsmann-Stiftung den Index für soziale Gerechtigkeit entwickelt. Bewertet werden hier sechs Dimensionen: Armutsvermeidung, leistbare Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung, Gesundheit und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Von den 28 EU-Staaten schneiden Schweden, Dänemark und Finnland am besten ab. Italien liegt mit Bulgarien, Rumänien und Griechenland im Schlussfeld. Auch die OECD plädiert für ein besseres Verständnis der Lebensqualität und hat dafür den „Better-Life-Index" entwickelt. Wirtschaftswachstum ist wichtig. Es bedeutet aber nicht automatisch Lebensqualität für alle. Gesellschaftlicher Fortschritt geht über Wirtschaftswachstum hinaus. Vielleicht kann der derzeitigen Krise auch etwas Positives abgewonnen werden: Sie kann zur Entmythologisierung des BIP führen.